Nr. 25 — Halle a. S., Mittwoch den 31. Januar 1906. — 17. Jahrg.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Abonnementspreis monatlich 60 Pfg., vierteljährlich 1.80 Mk. Pränumer. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.66 Mk. exkl. Bestellgeld.
„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht bezieh., kostet monatlich 10 Pf., vierteljährlich 80 Pfg.
Telephon Nr. 1047. Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Harz 42/43. Redaktion: Harz 42/43.

Insertionsgebühr beträgt für die 6gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., für Vereinungs-, Partei-u. Gewerkschaftsversammlungs-Anzeigen 10 Pfg. Für auswärt. Anzeig. 25 Pfg. Im redaktionellen Teile kostet die Zeile 75 Pfennig.
Inserate für die tägliche Nummer müssen spätestens bis vormittags halb 10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.
Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Vom Tabakarbeiter-Kongreß.

W. S. Berlin, 29. Jan. 1906.

Die Männer, die sich heute vormittag im Gewerkschaftshause versammelten, um gegen die Erhöhung der Tabaksteuer Protest einzulegen, gehören von alters her zu den Vorkämpfern der modernen Arbeiterbewegung. Was wäre die Sozialdemokratie, so könnte man fragen, ohne die Zigarrenmacher, die in den 60er und 70er Jahren bereits eine stattliche Anzahl Agitatoren stellten, Männer, die, soweit sie noch am Leben sind, auch heute noch in der ersten Reihe stehen? Wenn irgendwo, so ist bei der Zigarrenarbeit Schillers Wort angebracht, daß, wenn gute Reden sie begleiten, die Arbeit munter fortfließt. So beschäftigte man sich denn am Rollbrett schon zu Lassalles Tagen lebhaft mit dem neuen Evangelium; und mancher, der durch eisernen Fleiß seine kärgliche Schulbildung vervollständigt hatte, wußte in Rede und Schrift dem Sozialismus Tausende und Abertausende Anhänger zu werben, bis er eines Tages nach unendlichen Mühen ins deutsche Parlament als Abgeordneter einziehen konnte.

Man kann leicht auf den Gedanken kommen, daß die Regierung den Beruf dafür strafen wollte, daß er dem „Umsturz" so viele Agitatoren liefert. Kaum ein Gewerbe wird in Deutschland vorhanden sein, daß so arg unter steter Beunruhigung durch die Staatsgewalt zu leiden hatte, wie die Zigarren-Industrie. Bevor es noch ein geeintes Deutsches Reich gab, im Jahre 1867 bereits, wollte eine Regierungsvorlage den Tabak mit einer nach damaligen Begriffen unerhörten Rücksichtslosigkeit bluten lassen. Die Vorlage, die unter anderem eine Fabrikatsteuer von 15 Silbergroschen pro Mille Zigarren und eine Erhöhung des Tabakzolls von vier auf zehn Taler vorsah, wurde zu Fall gebracht. Dann sprach 1875 der Reichskanzler Fürst Bismarck das Wort aus, daß er die Zeit kaum erwarten könne, wo der Tabak höhere Summen steuere. Bald darauf, 1879, kam die Reform des deutschen Zolltarifs und mit ihr die Erhöhung des Tabakzolls von 24 auf 85 Mark pro Doppelzentner. Vorher war welches das Sozialistengesetz erlassen worden, das der Arbeiterschaft jede Abwehr gegen die enorme Verwüstung an Volkskraft, die diese Zollerhöhung mit sich brachte, unmöglich machen sollte. Kaum begann die Industrie sich von diesem Schlage zu erholen, als 1882 Bismarcks Monopolprojekt neue Beunruhigung brachte. Dann traten 1891 die Konservativen im Reichstag mit einer Resolution hervor, die eine Erhöhung des Tabakzolls von 85 auf 125 Mk. eingeführt wissen wollte; zwei Jahre darauf kam die Regierung mit einer Fabrikatsteuer-Vorlage, und 1895 hatte der Reichstag sich mit derselben Steuer in abgeschwächter Form zu befassen. Sieben Jahre dauerte nun die Ruhepause, bis Reichsschatz-Sekretär v. Thielmann von neuem den Tabak als Objekt höherer Besteuerung empfahl; und diese Ankündigung hat sich jetzt zu einer Vorlage verdichtet, die in ihrer Unbarmherzigkeit alle Befürchtungen weit übertraf. Ihre Einzelheiten brauchen wir nicht noch einmal mitzuteilen, da sie unseren Lesern aus früheren Darlegungen wohlbekannt sind. Zu den 250 Millionen Mark neuer Steuern, die gefordert werden, soll der Tabak 43 Millionen beitragen. Diese Mehrforderung muß erkauft werden durch den teilweisen Ruin der Tabak-Industrie. Das ist keineswegs eine agitatorische Phrase sondern wird mit dürren Worten in den Motiven zur Vorlage verkündet. Eine Industrie, die heute in Deutschland weit über 200 000 Arbeiter beschäftigt, soll bis ins Mark hinein getroffen werden.

Die Tabaksteuer-Vorlage hat die Arbeiterschaft aufgerüttelt. Wo immer sie sich vernehmen ließ, hat sie sich mit Entrüstung gegen die neuen Lasten ausgesprochen, und schon im Oktober vorigen Jahres ist in Berlin eine Kommission von Tabakarbeitern agitatorisch tätig gewesen. Die Arbeiten dieser Zentralkommission haben den heute eröffneten Kongreß ermöglicht, zu dem aus ganz Deutschland Delegierte erschienen sind. Ihrer zweihundert waren versammelt. Zigarrenarbeiter, Sortierer, Zigarettenarbeiter hatten sich eingefunden, und auch von Berufen, die mittelbar zur Zigarren-Industrie in Beziehung stehen, so von den Lithographen, waren Abgesandte erschienen. Diese lebhafte Agitation will insoweit viel bedeuten, als nur ein verhältnismäßig geringer Bruchteil der in der Tabak-Industrie tätigen Personen, nämlich 27 000 von 200 000, gewerkschaftlich organisiert sind. Die Heimarbeit, die Ausbreitung der Industrie aufs platte Land, legt der Organisation in diesem Beruf unendliche Schwierigkeiten in den Weg. Selbstverständlich hatten die Einberufer des Kongresses auch die Reichsregierung eingeladen, doch wie immer, wenn es sich um Veranstaltungen von klassenbewußt denkenden Arbeitern handelt, hatte man im Reichsamt des Innern bedauert, daß überhäufte Tätigkeit die Entsendung eines Vertreters unmöglich mache. Man will den Leitern des Kongresses aber gnädig gestatten, daß sie ihre Wünsche in der Wilhelmstraße mündlich zu Gehör bringen, ein Entgegenkommen, das von der Versammlung mit gutem Humor aufgenommen wurde.

Wie von der Regierung so war auch aus den Reihen der bürgerlichen Parlamentarier niemand bei den Tabakarbeitern erschienen.

Nachdem der Zigarrenarbeiter Börner den Kongreß eröffnet und Reichstagsabgeordneter Körsten die Delegierten im Namen der Berliner Gewerkschaftskommission willkommen geheißen hatte, ergriff einer von der alten Garde der Tabakarbeiter, Abgeordneter Molkenbuhr, das Wort. Er hat am eigenen Leibe die Wirkung aller Drangsalierung der Tabak-Industrie erfahren müssen. Man muß vernommen haben, wie er die Wirkung der Zollerhöhung von 1879 schilderte. Die Hamburger und Bremer Zigarren-Fabrikanten beeilten sich damals, die Industrie nach Mittel- und Süddeutschland zu verlegen.

Es gelang ihnen durch dies Mittel zwar, die Wirkung der Zollerhöhung auf die Arbeiter abzuwälzen; aber furchtbar waren die Folgen dieser Maßregel. Die Unternehmer bekannten später selber in einer Eingabe an den Reichstag, daß 1878, vor der Zollerhöhung, der Durchschnittslohn für 1000 Zigarren 18, 17 Mk. betragen hatte. Als dann die Industrie ins Innere Deutschlands verlegt wurde, sank der Durchschnittslohn auf 8.50 Mk. Die Hamburger Arbeiter waren mit einem Schlage brotlos, und als Rettungsmittel blieb ihnen nur die Auswanderung. Wer irgend konnte, zog übers große Wasser, und in den New-Yorker Fabriken fahren sich die deutschen Arbeiter so vollzählig wieder, daß sie die Liedertafeln, die von ihnen in der alten Heimat gegründet waren, dort drüben bis auf den letzten Mann wieder beisammen hatten. In Deutschland aber wurde es mittlerweile möglich, selbst die Zuchthausarbeit durch die „freie" Arbeit zu verdrängen. Und mit den Löhnen von 4.50 Mk. pro Mille hielt ein bis dahin unbekannter Gast, die Tuberkulose, in den Dörfern des badischen Schwarzwaldes ihren Einzug. Dieselbe Entwicklung, die damals die Zigarren-Industrie machte, steht nach Einführung der Steuerreform der Zigaretten-Industrie bevor; nur daß deren Angehörige, die sich in den großen Städten vorwiegend aus Frauen rekrutieren, zum Teil den Prostitution in die Arme getrieben werden.

Ein anderer Fachmann, der gleichfalls aus eigener Erfahrung mitreden kann, ergänzte Molkenbuhrs Ausführungen. Auch der Zigarrensortierer v. Elm, der seit 1893 den sechsten Schleswig-Holsteinschen Wahlkreis im Parlamente vertritt, gehört zu denen, die durch die Zollerhöhung von 1879 zur Auswanderung nach Amerika getrieben wurden. Er wies vor allem darauf hin, daß die Steuervorlagen die Kleinindustrie vernichten werden. In Hamburg haben Großunternehmer in den ersten Wochen nach Ankündigung der „Reform" zum Teil auf einen Schlag bis 500 000 Mk. an Tabakzoll bezahlt, und sich so auf lange Zeit gegen das ihnen jetzt drohende Unheil gesichert. Dem kleinen Unternehmer ist dies nicht möglich, er wird vom Großkapital erdrückt werden. Der Regierung kann dieser Gang der Dinge nur recht sein, denn ihr wird dadurch der Weg zum Monopol geebnet, das ihr trotz aller Gegenversicherung als Ideal vorschwebt. Der Redner zerpflückte die Steuervorlage in ihren Einzelheiten und gab eine Schilderung des Elends, unter dem heute schon die Tabakarbeiter ihr Dasein fristen. Durch die Statistik der Berufsgenossenschaften sei festgestellt, daß die Tabakarbeiter 36 Prozent weniger an Arbeitsverdienst erzielen, als der Durchschnitt der deutschen Arbeiterschaft. Eindringlich warnte v. Elm seine Kollegen, in dieser Zeit des Abwehrkampfes dem Unternehmertum zu vertrauen, das selbstsüchtig

---

22] [Nachdr. verb.

Ich bekenne.

Die Geschichte einer Frau.

Von Clara Müller-Jahnke.

„Fräulein, bitte, Fräulein Dallenberg! Ich sah noch Licht — — —"

Julius Leonhard! Dicht an die Tür gedrängt, fragte ich zurück: „Ich arbeite für morgen im voraus. Was wünschen Sie, Herr Leonhard?"

„Bitte, — öffnen Sie doch erst!"

Ich überlegte ein wenig, weil die Situation mir nicht geheuer vorkam. Was hätten meine Bellegarder Kameradinnen dazu gesagt, wenn ich in nachtschlafender Stunde einen jungen Mann zu mir ins Zimmer ließ? — Schließlich aber war's sein Kontor mehr als das meinige, — — und als ich noch dazu gesagt, wenn ich in nachtschlafender Stunde einen jungen Hünen gedachte, besann ich mich nicht gar zu lange, sondern öffnete die Tür vorsichtig so weit, daß Herr Julius Leonhard mit einiger Anstrengung hereinschlüpfen konnte.

Wir standen uns einen Augenblick stumm gegenüber. Dann lachte Leonhard mit einer gewissen Befangenheit leise auf und sagte hastig:

„Fräulein Wilma, ich war heute Nacht durchgegangen . . . ."

„Ich weiß. An Herrn Herrigs Laune haben wir alle es merken müssen."

„Fräulein Wilma, sein's nit bös! Ich bin total abgebrannt. Und muß heute Abend einlösen. Nicht viel, fünfzig Mark tun es schon. Die kleine Kasse merkt es nicht. Und zur Abrechnung, — wahrhaftig Fräulein Dallenberg! — zum nächsten Sonnabend haben Sie es wieder!"

Ich befand mich in einer grausamen Lage. Es tat mir weh, dem jungen Manne eine Bitte abschlagen zu müssen, die ich ihm doch nicht gewähren durfte. Wie sehr ich mich aber auch sperrte und hartherzig anstellte, er ließ nicht nach mit Bitten und Beschwörungen, indem er immer wieder auf die am Dienstag bevorstehende Ankunft seines Bruders hinwies.

„Franz ist kein Geizdrachen, wie Herrig — Sie sollen sehen, Fräulein Dallenberg: nun kommt eine andere Zeit!"

Was soll ich Dich ermüden, meine Seele? — Mit einem schweren Seufzer schloß ich endlich die Kasse auf und gab die so heiß begehrten fünfzig Mark. Und Julius Leonhard schüttelte mir die Hand mit kameradschaftlichem Druck, versicherte mich seiner unbegrenzten Dankbarkeit und eilte hinaus mit dem befreienden Bewußtsein, seine Ehrenschulden einmal wieder abtragen zu können.

Und neben mir in dem einsamen Zimmer stand das Bild der armen Frau, die kein Geld hatte, ihrem toten Kinde einen Sarg zu kaufen, und blickte mich blaß und stumm mit tränenlosem Vorwurf an.

* * *

Am Dienstag kam Franz Leonhard mit seiner jungen Frau aus Italien heim. Das Personal hatte es sich, sehr gegen Herrn Herrigs Willen, nicht nehmen lassen, Guirlanden zu wickeln und Korridor und Türen festlich auszuschmücken. Am frohesten war Julius. Er arbeitete seit Montag früh außerordentlich fleißig und nickte mir hinter Herrn Herrigs Rücken oft verstohlen und verständnisvoll zu.

„Und nun tun Sie mir alle den Gefallen, und vergessen Sie über Herrn Leonhards Ankunft nicht, daß Sie auch Pflichten gegen das Geschäft übernommen haben!"

Herrn Herrigs Mahnung fruchtete diesmal nicht so viel, wie es sonst der Fall zu sein pflegte. Eine fröhliche Erwartung hauchte ihren Frühlingsduft durch das düstere Kontor. Der kleine Wottczedy, der in irgend einem Jünglingsturnverein ein sehr tätiges Mitglied war, versuchte sogar, so oft der gestrenge Chef nach der anderen Seite sah, seiner rosenfarbenen Stimmung durch Springübungen über die Barriere einen etwas kühnen Ausdruck zu geben.

Meine Erwartung war arg gespannt. Ich dachte an Lotte und war begierig, den Mann kennen zu lernen, den sie liebte und der sie betrogen hatte. Und auch auf die Frau, um derentwillen das arme Mädel hatte hinaus müssen in die Nacht, war ich gespannt.

Endlich zeigte die Uhr die erwartete Stunde. Und pünktlich auf die Minute hielt mit scharfem Ruck eine elegante Equipage vor der Tür.

Julius Leonhard, der wohl aus Geschäftsrücksichten nicht zum Bahnhof gefahren war, stürzte hinaus. Herr Herrig erhob sich sehr gemessen, um den Kompagnon zu bewillkommnen. Ich schlich mich in den Laden und sah durch die Spiegelscheiben den Einzug des jungen Paares mit an.

So groß wie sein Bruder, aber viel feiner gebaut, schlank und brünett war Lottes Geliebter. Ein weiches, doch nicht angenehmes Gesicht. Er trat selbst an den Schlag und hob, den hinzuspringenden Diener mit einer leichten Handbewegung abwehrend, seine Frau heraus.

Ein zartes, rotblondes Geschöpf, mit Augen, so müde, so blaß und gleichgültig um sich blickend, daß ich nicht zu begreifen vermochte, wie eine Frau, die ihren Mann doch hatte lieb haben müssen, so — — so seelenlos in die Welt schauen, mit so schlaffen, eckigen Bewegungen die blumengeschmückte Schwelle ihres neuen Heimes überschreiten konnte . .

Das Paar trat in den Korridor. Vor dem Kontor schien Leonhard zu zögern; das Geräusch im Flur stockte für einen Augenblick. Dann aber gingen sie die Treppe hinauf, ohne sich weiter aufzuhalten. Das Lachen und Plaudern verklang, und nur in meiner Seele tönte noch ein schwacher Laut:

Du arme Lotte!

Als am Spät-Nachmittag Franz Leonhard die Kontorräume betrat, um seine Angestellten zu begrüßen, ging das Geschäfts-Uhrwerk schon wieder seinen alten Gang. Der zweite Chef zeigte sich als ein sehr liebenswürdiger Mensch, wenn auch von dem sonnenhaften Wesen seines Bruders nicht viel an ihm zu verspüren war. Er verstand es, huldvoll zu lächeln, und sein Händedruck war warm und sympathisch. All diese Vorzüge aber vermochten mein Vorurteil gegen ihn nicht zu zerstören. Als er an mein Bureau trat und mir mit einem freundlichen Grußwort die Hand entgegenstreckte, lief's mir wie ein Schauer den Rücken hinab, und ich zog die Hand so eilig zurück, als habe sie aus Versehen die glatte Haut einer Schlange berührt.

Da ging ein leichtes Lachen um die Mundwinkel des Gewaltigen, und in seinen tiefen, schwarzen Augen blitzte ein grünlicher Funke auf. „Kleines Fräulein," sagte er leichthin, „Sie werden Ihre Sache gut machen. Ich weiß es. Na — und im Interesse für das Geschäft wollen wir allzeit gute Kameraden sein!"

„Ja, Herr Leonhard", erwiderte ich so kühl, wie es die ganze innerliche Entrüstung meiner sechzehn Jahre erlaubte, „ich werde mich ehrlich bemühen, allzeit für das Geschäft interessiert und tätig zu sein."

Wieder das laute, halb gutmütige, halb spöttische Lachen, das mich zur Wut reizte. Ich ballte in den Falten meines Kleides die Hand zur Faust. Als ich auffah, lachten mich von dem Stehpult her zwei lustige, blaue Augen an; und, an die Barriere gelehnt, unterhielten sich die beiden Chefs über die neuesten Erfindungen unseres Musterzeichners.

Am Abend schrieb ich an Lotte. Ich schilderte ihr mein erstes Zusammentreffen mit Leonhard und beschrieb ihr die Frau. Sie sollte es wissen, daß dieser Mann je um elendes Gold verraten hatte. Um Liebe gewiß und wahrhaftig nicht! Aber Lotte gekannt hatte mit dem blühend feinen Gesichtchen, Lotte mit den wunderbaren, klugen Augen, — und diese Frau dann sah, der wußte Bescheid. Ich wollte sie trösten und ihren Stolz aufstacheln. Und diese Bemühungen ließen von all' den in mir tosenden Empfindungen mich die eine klar erkennen: wenn mich je ein Mann verriete, sei's um Gold, sei es um Liebe, sei's aus Feigheit, — ich würde ihm keine Träne nachweinen.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219060131-10/fragment/page=0001

die Arbeiterschaft im Stich lassen werde; er schloß mit der kräftigen Mahnung, in der gewerkschaftlichen Organisation sich zur starken Gegenwehr zusammenzuscharen. Der Zigarettenarbeiter Franz Schmidt aus Berlin gab nun eine anschauliche Schilderung der Korruption, die nach Einführung der Zigarettenpapiersteuer im Beruf um sich greifen wird. Dann folgten in der Nachmittagssitzung eine Anzahl Redner, die in ergreifenden Schilderungen das Elend ihrer Heimat an Einzelbeispielen erläuterten. Erschütternd wirkte namentlich die Darstellung des Vertreters von Lahr-Land. Obwohl dort die Zigaretten-Arbeiter noch unter der Botmäßigkeit des Zentrums stehen, hatten sie doch eingesehen, daß es notwendig sei, den Tag in Berlin zu beschicken.

Es ist ein schwerer Kampf, den die organisierten Tabak-Arbeiter zu führen haben. In unsäglich mühevoller Kleinarbeit ist es der Organisation gelungen, die Tabakarbeiterschaft, die vor einem Menschenalter zu den verrufensten Bevölkerungsschichten gehörte, auf eine relativ und sittliche Stufe zu führen. In den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts spielte die Schnapsflasche am Frühstückstisch des Zigarrenarbeiters die wesentlichste Rolle. Auf dem Kongreß im Gewerkschaftshaus sah man selten einen Delegierten, der einen Seidel Bier vor sich hatte. Auf den langen Tischreihen standen fast ausschließlich Milchgläser. Der Zigarrenarbeiter hat erkannt, welche Verwüstungen die Tuberkulose in seinem Beruf anrichtet, er hat begriffen, daß es sich bei dem kärglichen Einkommen seines Berufes in seinem und seiner Familie Interesse vor jeder Ausschweifung hüten muß. Der sittigende Einfluß der Gewerkschaftsorganisation wird durch das Elend, das die Steuervorlage der Regierung im Gefolge haben muß, auf das ernstlichste gefährdet werden. Ob die Vertreter des deutschen Volkes im Reichstag dem Notschrei der Tabakarbeiter ihr Ohr leihen, ob sie den Mut finden werden, den verbündeten Regierungen ihre volksverwüstende Steuervorlage vor die Füße zu werfen?

Tagesgeschichte.

Halle a. S., 30. Januar 1906.

Aus dem Reichstage.

Das neue Gesetz über den Unterstützungswohnsitz, das ebenso zu ungunsten der großen Städte wie zu ungunsten der breiten Arbeitermasse die Armenlasten vom platten Lande abwälzt, wurde in der gestrigen Reichstags-Sitzung vom Genossen Herzfeld einer eindringenden Kritik unterworfen. Er klammerte sich nicht an die Kleinlichkeit des Froschmäusekrieges zwischen den städtischen Selbstsüchtlingen, dem Freisinnigen Schrader und Ablaß und den agrarischen Nimmersatten Gamp und Wolf, sondern ging unmittelbar auf die Kernfragen und Hauptschaden des alt-bureaukratischen neudeutschen Armenrechts ein. Er geißelte die Vielfältigkeit und Rückständigkeit der zahllosen Armenrechts-Bestimmungen, die den Unterstützten politisch entrechten, seiner Freizügigkeit berauben, ja ihm das Arbeitshaus androhen — und all das für ein Almosen von 18 Pfennig pro Tag, wie es der regierende Fürst Georg von Schaumburg-Lippe der Frau eines Mannes, der 40 Jahre lang in seinem Dienst geschuftet, anzubieten wagt. Als bestes Mittel gegen das durch den Wuchertarif und die neuen Steuern drohende übermäßige Anschwellen der Armenlasten empfahl er: Freies Koalitionsrecht für die Landarbeiter und Einführung des Reichstags-Wahlrechts für den preußischen Landtag. Einige kräftige Seitenhiebe trafen hierbei die dreisten Reaktionäre, die die friedliche Wahlrechtsdemonstration des Proletariats am 21. Januar in einem Blutmeer zu ertränken gedacht hatten. Vergeblich suchten der konservative Regierungsrat Schickert und Staatssekretär Graf Posadowsky den Eindruck dieser wuchtigen Ausführungen abzuschwächen. Das Gesetz ging schließlich nach dem Antrage des Genossen Singer an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Womöglich noch schlechter schnitt die Regierung bei der Beratung des Hilfskassen-Gesetzes ab. Genosse Lesche konnte den Nachweis führen, daß dieser Entwurf, dessen Tendenz sich angeblich gegen die Schwindelkassen richtet, in Wahrheit dazu bestimmt ist, die Selbstverwaltung der Hilfskassen und damit ihre Existenz zu vernichten und so eine Art Generaldebatte für das geplante Attentat auf die Freiheit der Krankenkassen zu bilden. Der Zentrumsabgeordnete Giesberts und selbst der „freisinnige" Dr. Mugdan schlossen sich dieser Kritik an. Der Staatssekretär Graf Posadowsky wußte sich nicht anders zu helfen, als daß er ankündigte, er werde im Dunkel der Kommissionsberatung auf die Einwendungen antworten. Zunächst aber wird heute die Debatte im Plenum fortgesetzt.

Für die Partei!

Seit die unsinnige Behauptung der preußischen Reaktionäre, die Wahlrechtsbewegung der Arbeiter sei nur ein Vorwand für die Inszenierung einer gewalttätigen Revolution, durch die Tatsachen des 21. Januar ihre eindringlichste Widerlegung gefunden hat, versuchen es die Gegner des gleichen Rechts, sich nach einem neuen Zufluchtswinkel zu flüchten: sie erklären jetzt, der Sozialdemokratie komme es gar nicht darauf an, das gleiche Wahlrecht zu erringen sondern es handle sich ihr nur darum „Parteigeschäfte zu treiben", mit andern Worten, sich selbst zu fördern und ihren eigenen Einfluß im Lande zu vermehren. Darin sind sie nun alle einig: die Germania und die Post, die Kreuzzeitung und die Nationalzeitung, der Reichsbote und die Vossische Zeitung. Mit Vorliebe zitieren sie jetzt eine Stelle aus einem Artikel der Neuen Zeit, die den Beweis für ihre Behauptung enthalte, und in der gesagt wird, viel besser als ein paar Mandate im preußischen und sächsischen Landtag sei der Gewinn einer halben oder ganzen Million neuer Stimmen bei den Reichstagswahlen. Wer zweifelt daran, daß hier die Umsturzpartei bei einer neuen Schandtat ertappt worden ist?

Uns ist das Gerede der einigen Wahlrechtsreaktion geradezu schmerzlich — nicht weil es sich gegen die Sozialdemokratie — denn so empfindlich sind wir wahrhaftig nicht — sondern weil es zeigt, auf welcher niedrigsten Stufe politischer Erziehung alle diese Parteien stehen, und mit welchen hohlen Phrasen man in Deutschland den Verstand der Bevölkerung noch betäuben zu können glaubt. Der „Schandtat", deren uns die bürgerliche Presse zeiht, bekennen wir uns gerne und freimütig im vollen Umfange schuldig. Wir sind wirklich Verbrecher genug, zu wünschen, daß das arbeitende Volk Deutschlands lieber unser ganzes Programm als eine unserer Forderungen anerkennen möge. Aber gibt es auf der ganzen Welt — die politisch schwachsinnige Bourgeoisie Deutschlands etwa ausgenommen — eine Partei, die anders dächte und anders handelte. Es ist die selbstverständliche Praxis jedes politischen Kampfes, daß jede Partei eine von ihren nächsten Forderungen, jene, die ihr zur Ausführung am allerreifsten erscheint, in den Vordergrund der Debatte stellt und stürmisch ihre Erfüllung fordert. Findet diese Forderung den Beifall des Volkes, dann wird die Partei, die sie vertritt, auf ihren Sieg rechnen dürfen, weil sich die anderen Parteien dieser Forderung schließlich beugen oder vom Unwillen der Bevölkerung hinweggefegt werden müssen.

Da nun die Forderung des gleichen Wahlrechts in Preußen überaus populär ist — nur wer sich selbst schänden will, kann sich ihr verschließen — so kann die Sozialdemokratie den Dingen, die da kommen sollen, mit der größten Ruhe entgegensehen. Sie kann in ihrem Wahlrechtskampfe nicht unterliegen, weil jeder Schuß, der gegen die Wahlrechtsbewegung gerichtet wird, auf den Schützen selbst zurückprallt, weil jede Partei, die unserer gerechten Forderung widerstrebt, an ihrer eigenen Vernichtung arbeitet. Das Geschrei der Reaktionäre über den „einseitigen Parteiegoismus" der Sozialdemokratie kann die preußischen Arbeiter darum nur in ihrer Ueberzeugung bestärken, daß sie durchaus auf dem richtigen Wege sind. Indem sie für das gleiche Wahlrecht kämpfen, mögen sie nun in diesem Teilkampfe siegen oder unterliegen, erkämpfen sie den ganzen Sieg ihrer Partei!

Der Instruktor des Reichs-Verbandes.

Zu den wichtigsten Aufgaben des Reichs-Verbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie gehört es bekanntlich, die Krankenkassen „dem sozialdemokratischen Einflusse zu entreißen", mit anderen Worten, ein kleines Stück volkstümlichen Selbstverwaltungsrechts zu vernichten, das uns inmitten der allgemeinen bureaukratischen Despotie erhalten geblieben ist. Es ist ebenso bekannt, daß die sogenannten „Agitatoren" dieses Verbandes — Soldknechte des politischen Kampfes, die mit einer eingelernten Rede durchs Land reisen — in ihrer Lektion ein besonderes Kapitel haben, worin die Verwaltung der Krankenkassen, so weit sie von sozialdemokratisch gesinnten Arbeitern geleitet oder beeinflußt ist, in verleumderischer Weise geschildert wird. Nicht bekannt aber ist es bisher gewesen, von wannen jenen Herren der Geist gekommen ist, dem sie als dessen niedrige Gefäße dienen.

Es ist, wie wir hören, kein anderer als Herr Dr. Mugdan, Reichstags-Abgeordneter für Görlitz-Lauban, Mitglied der freisinnigen Volkspartei und — seit 1904 infolge nicht näher bezeichneter Verdienste — Sanitätsrat, der die Landsknechte des scharfmacherisch-reaktionären Reichsverbandes im Gebrauche der „geistigen Waffen" wider die Sozialdemokratie und ihre Kassenverwaltung unterrichtet. Für die Einigung der bürgerlichen Parteien, die der Reichskanzler im Herrenhause proklamiert hat, hat Herr Mugdan ein rühmenswertes Beispiel gegeben. Die Freie Deutsche Presse liebt es bekanntlich, ihre eigenen freisinnigen Gesinnungs„freunde" in zwei Kategorien zu teilen, erstens in die „gewissen Leute", zu denen Barth, Naumann, Schrader und wohl auch der verstorbene Röike zählen, zweitens aber in die „Männer" Brömel, Pachnicke, Müller-Sagan u. s. w. Unter diesen „Männern" des Freisinns gebührt Herrn Mugdan ein besonders erhabener Platz.

Das Proletariat und der Marokko-Konflikt.

Von den französischen Gewerkschaften ist im Anschluß an die Marokkokonferenz eine Friedenskundgebung geplant, es sollen in großen Versammlungen und öffentlichen Demonstrationen die Arbeiter gegen eine kriegerische Aktion zwischen den beiden Staaten Deutschland und Frankreich protestieren. Für diese Kundgebung, in der schließlich auch die Frage erörtert werden sollte, ob nicht im Falle eines Krieges die Arbeiter aufzufordern wären, den Dienst zu verlassen und im Generalstreik ein kräftiges Abwehrmittel in Anwendung zu bringen wäre, suchte Griffuelles, der Vertreter der französischen Gewerkschaften, die Unterstützung der deutschen Arbeiter unter ähnlichen Kundgebungen bei der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands nach. Ueber das Ergebnis der Mission des Vertreters der französischen Gewerkschaften in Deutschland ist sowohl in die französische wie in die deutsche Presse eine durchaus falsche Darstellung gelangt.

Im Vorwärts wird in Kürze der Sachverhalt wiedergegeben:

Die General-Kommission der Gewerkschaften hat Herrn Griffuelles keinen Zweifel darüber gelassen, daß in der deutschen Arbeiterschaft sicherlich allgemeine Sympathien für Friedens-Bestrebungen vorhanden sind, ein Krieg zwischen den beiden Kulturnationen als ein Verbrechen an der Arbeiterschaft beider Länder erachtet wird. Es ist deshalb auch den Bemühungen des Genossen Jaurès, die kriegerischen Pläne der Diplomatie entschieden zu bekämpfen, in Deutschland volle Anerkennung entgegengebracht worden. Für die Gewerkschaften scheiden aber in Deutschland politische Kundgebungen aus; das ist Aufgabe der sozialdemokratischen Partei, die in solchen Fällen bisher immer die politische Aktion geleitet hat, ein Hineinreden der Gewerkschaften oder selbständige Aktionen der Gewerkschaften können nur zwischen beiden Differenzen hervorrufen, die vermieden werden müßten. Es wurde deshalb dem Vertreter der französischen Gewerkschaften der Rat erteilt, sich mit dem sozialdemokratischen Parteivorstand in Verbindung zu setzen. Griffuelles hatte hiergegen einige Bedenken; in Frankreich sei die Kundgebung ohne die Partei arrangiert, wie überhaupt jede Verbindung mit der französischen Partei abgelehnt würde, weil die parlamentarische Aktion unter den Gewerkschaften viele Gegner habe. Dabei mag hervorgehoben werden, daß die internationalen Beziehungen mit den französischen Gewerkschaften seit der letzten internationalen Konferenz schon etwas gestört waren. Die französischen Gewerkschaften hatten beantragt, auf der internationalen Konferenz der Gewerkschaften die Propaganda des „militärischen Generalstreiks" zu erörtern. Dieses Verlangen fand nicht die Zustimmung des internationalen Gewerkschaftssekretariats; die Frage wurde nicht auf die Tagesordnung gestellt, worauf die französischen Vertreter von den Verhandlungen fern blieben.

Griffuelles wurde deutlich zu verstehen gegeben, daß in Deutschland ein solches Verhalten unverständlich erscheint und daß als Vorbedingung für das Gelingen einer Friedenskundgebung der Anschluß der französischen sozialdemokratischen Partei erforderlich wäre, indes die Frage selbst, ob wir in Deutschland der Kundgebung bei reten, habe der deutsche Parteivorstand zu entscheiden. Griffuelles erklärte sich schließlich bereit, die Angelegenheit einigen Mitgliedern des Parteivorstandes zu unterbreiten und erhielt hier die Antwort, daß politische Aktionen der geforderten Art nur in Uebereinstimmung mit der französischen sozialdemokratischen Partei unternommen werden können. Werde von jener Seite aus mit Vorschlägen herangetreten, so werden weitere Verhandlungen eingeleitet; es wäre eine Illonalität der französischen Partei gegenüber, wollte man in Deutschland anders handeln. Im übrigen kann über die Stellung der deutschen Sozialdemokratie zum Krieg und im besonderen zu dem Konflikt über Marokko wohl in der internationalen Arbeiterschaft kein Zweifel bestehen; von uns würde alles geschehen, um das gefahrvolle Spiel der Diplomatie mit dem Wohl der beiden Kulturnationen unschädlich zu machen.

Das Heer der Straße. Der Sächs. Arbeiterztg. wird aus München geschrieben:

Am Montag der vorigen Woche, einen Tag nach dem preußischen Wahlrechtsdemonstrationen, empfing Wilhelm II. im Schloß zu Berlin die Selektaner der Lichterfelder Kadettenanstalt. Bei dieser Gelegenheit hielt der Kaiser an die embryonalen Leutnants eine Ansprache, die etwa folgenden Wortlaut hatte:

Ich rechne auf Ihre Treue und Hingebung, im Felde und auf der Straße . . .

Die letztere Wendung vermochten die Herren Selektaner nicht ohne weiteres zu begreifen. Sollte das etwa bedeuten, daß sie künftig nicht in Zivil die Straße unsicher machen dürften, sondern immer hübsch durch die Uniform kenntlich bleiben sollten als Inhaber des vornehmsten Rockes? Der Kaiser beobachtete die verdutzten Mienen und fuhr deshalb mit erhobener Stimme fort:

Jawohl, auch im Straßenkampf, meine Herren!

Und nun begriffen die Herren ihre Mission!

Daß die künftigen Herren Leutnants auch bereit sein müßten, auf Vater und Mutter zu schießen, fügte Wilhelm II. diesmal nicht hinzu, obwohl doch unter Caprivi die Gefahr ganz nahe war, daß die Väter und Mütter der Kadetten von Groß-Lichterfelde, den Bundschuh im Wappen, auf die Straßen gingen, zwar nicht nach Brot, aber nach teuerem Brot schreiend.

Ballestrem und die Marokko-Konferenz. Aus Paris wird gemeldet: Die Rede, in der Reichstagspräsident Graf Ballestrem am Geburtstage des Kaisers davon sprach, daß man die Mächte, die den Frieden hüten wollten, aufs Haupt schlagen müßte, scheint in Algeciras einen nicht gerade erfreulichen Eindruck gemacht zu haben. Der Korrespondent des Matin depeschiert, die Rede habe bei den in Algeciras versammelten Delegierten große Verstimmung erzeugt.

Der Orden des Herrn Kommerzienrates. Berliner Blätter melden: Geh. Kommerzienrat Koppel, der zu Kaisers Geburtstag durch den so selten verliehenen Wilhelmsorden besonders ausgezeichnet wurde, hat, wie der Konfektionär erfährt, unserem Kaiser die Summe von einer Million Mark zur Förderung von kulturellen Zwecken zur Verfügung gestellt. Die Stiftung ist einem Kuratorium unterstellt, welches aus höheren Staatsbeamten, aus dem Stifter und einem Vertreter der Industrie besteht.

Die staatsgefährliche Kochschule. Der Kieler Regierungspräsident von Kocjerowski hat die Errichtung einer Kochschule in Scherrebeck, die von dänischer Seite geplant war, verboten.

Die neueste Verlustliste aus Südwestafrika meldet: Verwundet: Reiter Hinrichsen aus Langenfelde, Reiter Bay aus Siegelsberg, Reiter Strähle aus Göppingen, Reiter Neumann aus Beuthen. An Herzschwäche und Typhus gestorben: Leutnant Rehfeld aus Grunsdorf. An Typhus gestorben: Reiter Gerhardt aus Schwabsburg, Reiter Moser aus Leyelshurst.

Der Landgerichtsrat Blumenberg in Beuthen wurde wegen Amtsverbrechen, Betrugs, Unterschlagung und Siegelbruch zu fünf Jahren Gefängnis und vier Jahren Ehrverlust, Abraham zu zwei Jahren Gefängnis und vier Jahren Ehrverlust und Hepner zu 500 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Zur Fleischnot.

Die Fleischnot in Krefeld. Eine von der städtischen Verwaltung in Krefeld herausgegebene Uebersicht über den dortigen Vieh- und Fleischmarkt in den beiden letzten Jahren beweist, daß auch dort die Fleischpreise ganz enorm gestiegen sind. Und zwar stiegen die Schweinepreise im Engroshandel von 57 Mk. pro 50 Kilo für gute Ware auf 74 Mk. im Jahre 1905. Im gleichen Verhältnis stiegen die Preise auch im Kleinhandel, nämlich von 1.50 Mk. pro Kilo auf 1.83 Mk. Daß durch diese Preissteigerung der Konsum des Fleisches eingeschränkt wurde, ist selbstverständlich, besonders ging der Verbrauch an Schweinefleisch sehr zurück. Während im Jahre 1904 die Zahl der Schweineschlachtungen 30 457 betrug, sank diese Ziffer im Jahre 1905 auf 24 683. Die Einfuhr geschlachteten Viehes aus Holland wird durch die Nähe der Grenze sehr begünstigt, und machte die vermehrte Einfuhr im Jahre 1905 den Ausfall in etwas weit. Es betrug nämlich die Einfuhr im Jahre 1904 nur 4370 Schweine gegen 7776 im Jahre 1905, doch war der Ausfall noch immer 2368 Stück. Würde in der Uebersicht nicht allein nach Stückzahl sondern auch nach Gewicht berechnet worden sein, dann hätte man noch ganz andere Zahlen zum Nachteil des Jahres 1905 herausbekommen. Denn durch den Viehmangel ist im letzten Jahre sehr viel unreifes Vieh geschlachtet worden. — Bemerkenswert war die viel größere Zahl an Pferdeschlachtungen gegen das Vorjahr.

Ausland.

Oestreich. Wahlreform und Arbeiterschaft. Die östreichische Sozialdemokratie läßt in der Agitation für die Wahlreform keine Pause eintreten, sie macht ihr Gelöbnis, nicht eher zu ruhen, bis das allgemeine gleiche Wahlrecht erkämpft ist, zur Wahrheit. Für Sonntag und Montag waren in ganz Oestreich Versammlungen anberaumt, um vor Wiedereröffnung des Parlaments diesem und der Regierung die Forderungen des Volkes nochmals zum Bewußtsein zu bringen. In Wien waren allein 17, in Nieder-Oestreich noch bedeutend mehr Versammlungen anberaumt. In der den Versammlungen zur Annahme unterbreiteten Resolution wird die Mahnung an die Regierung gerichtet, die Einbringung der Wahlreform, zu der sie sich bindend verpflichtet hat, nicht länger zu verzögern. „Die Arbeiterschaft erwartet, daß ihr das politische Recht, das ihr so lange wider alle Vernunft, wider alle Gerechtigkeit und zum größten Schaden der politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Interessen aller Völker vorenthalten wurde, nun endlich ehrlich und in vollem Umfang gewährt werde." Die Absicht, eine längere Seßhaftigkeit zur Bedingung der Wahlberechtigung zu machen, wird als „ein Attentat auf das Recht der Arbeiter, als einen niederträchtigen Wahlrechtsraub" erklärt, der mit den schärfsten Mitteln bekämpft werden würde. Der Schluß der Resolution lautet: „Die heutige Versammlung erklärt feierlich, daß die Arbeiterschaft unbeugsam entschlossen ist, den Kampf für ihr volles unverkürztes Recht unter jeder Bedingung zu Ende zu führen, und daß sie vor keinem Opfer zurückschrecken wird, wenn ihr die verbohrte Einsichtslosigkeit der Privilegierten die Notwendigkeit auferlegen würde, die Erfüllung ihres Rechts durch neue Kämpfe zu erzwingen.

Italien. Zur Wahlrechtsreform. Der Avanti veröffentlicht ein Manifest des Agitationskomitees zur Erringung des allgemeinen Wahlrechts, in welchem die Arbeiter

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219060131-10/fragment/page=0002

aufgefordert werden, sich für den Kampf zur Erringung des allgemeinen gleichen Stimmrechts für die Wahlen zu den gesetzgebenden und Verwaltungskörperschaften vorzubereiten. Das Manifest ist von je zwei Genossen des Parteivorstandes, der parlamentarischen Fraktion und der Gewerkschaftsorganisation unterzeichnet.

England. Nach den Wahlen. Obgleich die Wahlen noch nicht ganz abgeschlossen sind, können die noch ausstehenden nichts an der Tatsache ändern, daß die Liberalen über eine kompakte Mehrheit verfügen werden. Von den 79 Kandidaturen, welche von seiten des Arbeitervertreter-Komitees der beiden sozialistischen Fraktionen und den Gewerkschaften aufgestellt worden waren, sind nunmehr 73 erledigt. Und zwar sind 42 hiervon gewählt, 31 sind ihren Gegnern unterlegen. Die Unabhängige Arbeiterpartei hat von ihren 10 Kandidaten 7 durchgesetzt. Außerdem ist sie aber bei 28 Wahlen beteiligt, die von dem Schottischen Arbeiter-Komitee oder Tradeunions durchgeführt wurden. An den hier gewonnenen Sitzen ist die Unabhängige Arbeiterpartei mit 9 beteiligt, so daß insgesamt 16 ihrer Mitglieder gewählt sind. Nicht einbegriffen in den obigen Zahlen sind die liberalen Arbeitervertreter, wie Burns, Bell, Broadhurst usw. Wie Labour Leader mitteilt, ist darauf zu rechnen, daß von den 25 Abgeordneten des Bergarbeiter-Verbandes und anderer Gewerkschaften die meisten mit der Arbeiterpartei stimmen werden. Außerdem seien ca. ein Dutzend Liberale vorhanden, die, unabhängig von Parteirücksichten, die sozialen Reformen vertreten werden. Im ganzen sei also auf ca. 70 Abgeordnete zu rechnen, welche im nächsten Parlament eine fortschrittliche Arbeiterpolitik unterstützen werden.

Balfour, der ehemalige Kabinettschef, der in seinem Wahlkreise bekanntlich durchgefallen ist, wird vielleicht doch noch in das Parlament kommen. Englische Blätter melden nämlich, daß der Abgeordnete Alban Gibbs, der in London gewählt ist, sein Mandat zugunsten Balfours niederlegen will. Man nimmt an, daß die Liberalen dieses Kreises der Wahl Balfours keine Oppositionen entgegensetzen werden.

Frankreich. Noch ein antimilitaristischer Prozeß. Am Sonnabend wurde gegen den Genossen Dhooghe wegen der antimilitaristischen Plakate, die er in Reims angeschlagen hatte, verhandelt. In diesen sollte er die Truppen zum Mord und Unglücksfall aufgefordert haben. Dhooghe erklärt, daß er im Alter von 13 Jahren die blutigen Ereignisse von Fourmiers mit erlebt habe, und daß er seit jener Zeit einen unauslöschbaren Widerwillen gegen alles Blutvergießen habe. Er schloß seine Verteidigungsrede: „Ich hasse die Armee, weil diese das Kapital schützt; jeder Arbeiter müßte sie hassen, und wenn diese mich verurteilen, so werde ich gehobenen Hauptes mit ruhigem Gewissen und befriedigten Geistes ins Gefängnis gehen." Diese Worte wurden von ungeheurem Beifall seitens des Publikums begleitet. Die Geschworenen bejahten die eine Schuldfrage, und so wurde Dhooghe zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Dänemark. Zur Abschaffung der reglementierten Prostitution. Seit den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts macht sich in Dänemark ein immer stärker werdendes Bestreben nach Beseitigung der reglementierten Prostitution geltend. Das führte endlich im vorigen Jahre dazu, daß der Justizminister dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorlegte, in besten ersten Paragraphen die gewerbsmäßige Unzucht für ungesetzlich erklärt und bestimmt wird, daß alle Reglementierung dieses Gewerbes abgeschafft werden soll. Der Entwurf hat aber dann den schweren Fehler, daß er die Prostituierten der Gefahr aussetzt, nach dem Landstreichergesetz, das aus dem Jahre 1860 stammt, bestraft zu werden. Dadurch würde auch eine Art Polizeiaufsicht, wenn auch keine sanitäre, wieder eingeführt, denn jenes ziemlich barbarische Gesetz bestimmt auch, daß die Polizei Personen, die nicht hinreichend nachzuweisen vermögen, wie sie ihren Lebensunterhalt erwerben, zwingen kann, sich in bestimmten Zeiträumen zu melden, um der Polizei Aufklärung darüber zu geben.

Am 26. Januar hat sich nun das Landsting mit diesem Entwurf befaßt. Hier übte der einzige Sozialdemokrat dieses Oberhauses des dänischen Reichstags, Genosse C. C. Andersen, eine scharfe Kritik an jener gefährlichen Bestimmung, wie überhaupt an dem brutalen, veralteten Landstreichergesetz, das die Regierung nun auf die Prostituierten ausdehnen möchte. Seine Ausführungen hatten den Erfolg, daß der Präsident des Landstings schließlich erklärte, er wolle die zweite Lesung des Entwurfs nicht auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung stellen, um dem parlamentarischen Ausschuß Gelegenheit zu geben, über eine andere Fassung jenes Paragraphen zu beraten.

— Der König Christian von Dänemark ist Montag nachmittag im Alter von 88 Jahren nach 48jähriger Regierungszeit gestorben. Er wurde wegen der nahen verwandtschaftlichen Beziehungen, die sein Haus zu fast allen europäischen Dynastien hatte, der „Schwiegervater Europas" genannt. Der neue König heißt Friedrich.

Zur Revolution in Rußland.

Judenverfolgungen in Homel. In Homel, einer Stadt, die schon oft der Schauplatz bestialischer Judenmetzeleien gewesen ist, setzte bei einem Zusammenstoße zwischen Revolutionären und Militär eine neue Judenverfolgung ein. Die berüchtigten schwarzen Hundert, das bekannte, im Solde der Polizei stehende Verbrecher-Gesindel, plünderten und demolierten die jüdischen Häuser und Magazine, wobei sie offenbar von Polizei und Kosaken unterstützt wurden. Auch Bauern aus den umliegenden Dörfern nahmen an der Plünderung teil. Hierbei geriet die ganze Stadt in Brand. Die Arbeiter der Eisenbahnwerkstätten stellten sich auf seiten der bedrängten Juden. Zurzeit ist jeder telegraphische Verkehr mit Homel unterbrochen.

Wie die Ordnungsbestien hausen. Aus den Moskauer Revolutionstagen erzählt ein unschuldig Verhafteter, wie dem Berliner Lokal-Anzeiger, also einem durchaus russen-freundlichen Blatte, aus Petersburg berichtet wird, über seine Erlebnisse folgendes: „Während mich Soldaten durch die Straßen führten, wurde ich vor den Blicken aller Vorübergehenden unmiterbrochen mit Nagaikenhieben traktiert. Als ich endlich in das sogenannte Gefängnis, eine Rahmenfabrik bei der Gorbatibrücke, eintraf, fand ich dort schon eine ganze Anzahl Verhafteter vor: einen Studenten Moissejew (sein Bruder war tags zuvor erschossen), einen Einjährigen-Freiwilligen vom Pernowschen Regiment in Zivil, Filkarelow, einen Deputierten der Fabrik Schischerbakow, zwei Studenten, einen jüdischen Zahnarzt, einige Arbeiter u. s. w. Keiner durfte mit dem andern ein Gespräch beginnen, die Soldaten drohten, von den Bajonetten Gebrauch zu machen. Bei furchtbarer Kälte legten wir uns hungrig zur Nacht auf die kahle Diele nieder. Morgens um 4 Uhr trat ein Offizier ein: „Vorwärts, aufstehen! Moissejew, bitte." Aus den Fenstern konnten wir den Hof überblicken, der infolge der Feuersbrunst eines Nebenhauses erhellt war. Eine Salve ertönte — Moissejew war nicht mehr! Nach einigen Minuten trat der Offizier wieder zu uns ein. Diesmal kam Filarelow an die Reihe — er teilte das Schicksal Moissejews. Der Offizier kam wieder zurück. Wir wurden alle auf die Straße geführt, überzeugt, daß nun die Reihe an uns sei. Schrecklicher Augenblick! Sofort umzingelte uns das Militär. „Kosaken mit Nagaiken, tretet vor!" ertönte das Kommando des Offiziers. Zuerst wurde der Einjährig-Freiwillige erfaßt, der Beinkleider entledigt, mit dem Kopf in den Schnee gesteckt, worauf die schreckliche Prozedur losging. Soldaten hielten den Unglücklichen, während die Kosaken auf seinen entblößten Körper loshieben.

Wir übrigen wurden unterdessen in eine nahegelegene Gastwirtschaft geführt. Entsetzlich waren die seelischen Qualen, die wir durchmachten, die Angst und Ungewißheit über unser Schicksal. Die Soldaten machten rohe Späße. Endlich erschien jener Offizier wieder, verkterte, daß man uns an einen warmen Ort geführt hatte, und befahl uns, sofort ins Freie hinauszutreten. Wir wurden in ein anderes Quartier gebracht. Dort wurden wir aufgeschrieben und durch eine Reihe von Höfen und Korridoren in eine enge Kammer abgeführt. Bis dahin hatten wir ein wahres Spießrutenlaufen zu überstehen. Polizisten schlugen auf uns los mit allem, was ihnen unter die Finger kam. In der Polizeikammer fanden wir schon Arrestanten vor. Die Luft war entsetzlich, ein Schmutz und Gestank, der jeder Beschreibung spottet. Die meisten Arrestanten waren so entsetzlich verprügelt, daß sie weder sitzen noch liegen konnten. Andere hatten den Kopf fest verbunden, da ihnen Wangen und Unterkiefer furchtbar zerschlagen waren. Zwei Tage verbrachten wir in diesem von Ungeziefer wimmelnden Raum, bis wir endlich unter starker Militärbewachung zur Prochorowschen Fabrik geführt wurden. Hier wurden mit uns noch 150 Arbeiter vereinigt. Endlich begann ein Verhör, und zwar bei einer Gruppe durch den oben genannten Leutnant, bei den anderen durch einen Oberst. Alle Arrestanten wurden darauf in drei Gruppen klassifiziert: 1. zum Tode Verurteilte, 2. Unbestimmte, 3. zur Prügelstrafe. Wer weiß wie viele Unschuldige unter den Arrestierten gewesen sein mögen! Falsche Denunziationen haben während der Moskauer Schreckenstage manchen ins Unglück gestürzt. Da wurden Leute erschossen oder Prügelstrafe über sie verhängt, die man arretiert hatte, weil man in einem Arbeiter mit langen Haaren einen Studenten vermutete, oder in einem Menschen mit dunklen Teint einen Juden. Ein älterer Kaffierer einer Eisenbahn, der seinen Tabak in rotes Papier gewickelt hatte, wurde halbtot geschlagen. Ein Student wurde erschossen, bei dem in einer Tasche ein rotes Tuch, in der andern ein revolutionäres Lied gefunden wurde. Wahrhaft schauerlich gestaltete sich die Prozedur der Prügelstrafe. Mit Ausnahme von sechs Personen wurde ihr unsere ganze Gruppe unterzogen. Ich sah die Hände zweier Studenten, die dazu verurteilt waren, sie glichen gehackten Ketteletten! Während unsere Gruppe in dieser Weise exekutiert wurde, ertönten nebenan ununterbrochene Salven. Die zum Tode Verurteilten ereilte ihr Schicksal. Auf einfachen Lastwagen wurden sie stapelweise fortgefahren."

Für unsere Frauen.

Frauninteressen und Parlamente.

II.

K. Wurde im ersten Artikel der Nachweis geführt, daß die Interessen der Frauen eng und innig mit den Einrichtungen und Institutionen des öffentlichen Lebens verknüpft sind, so soll heute versucht werden, der Frauenwelt die Schäden zu schildern, die durch die neuen Steuerpläne der Regierung der Gesamtheit des Volkes und im besonderen der Arbeiterschaft der Tabakindustrie drohen.

Jedesmal wenn der Reichstag in eine neue Session eintritt, fragt das sich politisch betätigende Proletariat, was für Steuern und Belastungspläne werden nun wieder im Hexenkessel der Regierung ausgeheckt sein, um die breite Volksklasse schröpfen zu können. —

Für diesmal sind es Tabak und Bier, die bluten sollen, um die Summen zu erhalten, die der Moloch Marinismus verschlingt. Das System des Militarismus bietet einzelnen Kapitalisten Gelegenheit, Riesenprofite mühelos einzustreichen, wie man aus dem Jahresberichte der Kanonenfirma Krupp in Essen ersieht. Die Besitzerin dieser Werke ist ein junges Mädchen, das über zirka 40 000 Arbeitssklaven verfügt; ihr jährliches Einkommen bezifffert sich auf Millionen. Daß bei solchen Abschlüssen der Appetit immer aufs neue geweckt wird, ist begreiflich, und da Sonderinteressen heute eine große Rolle bei unseren Staatserhaltenden spielen, werden Mittel und Wege gesucht und ohne Zweifel auch gefunden werden, die Forderungen für die Flotte durchzudrücken, natürlich auf Kosten der unteren Bevölkerungsklasse.

Dem Kriegsminister scheint der Goldregen, den man nach dem Inkrafttreten der neuen Handelsverträge für den Staatssäckel erhofft, nicht genügend zu sein, und so soll der lange projektierte Aderlaß an Tabak und Bier vollzogen werden.

Der Tabak soll bluten!

Warum diese Umschreibung? In Wahrheit bezahlen doch die Arbeiterscharen dieser Branche den Tribut mit ihrer Gesundheit, ja mit ihrer Existenz. Längst ist bewiesen, daß durch Belastungen des Rohmaterials die Arbeitslöhne sinken, daß die billigeren Sorten Zigarren und Zigaretten vom Markte verschwinden. Das bedeutet aber Arbeitslosigkeit tausender Arbeitskräfte, die entweder andere Berufe überfüllen und durch das Angebot ihrer Arbeitskraft die allgemeinen Arbeits-Bedingungen verschlechtern oder die der Prostitution, diesem Krebsschaden der heutigen „göttlichen" Weltordnung verfallen.

Ueberblickt man die Entwicklung der Tabakindustrie in den letzten 30 Jahren, so beobachtet man, daß das Elend der Arbeiter dieser Branche von Jahr zu Jahr gewachsen ist. In den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts war der Hauptsitz der Zigarrenfabrikation der Norden Deutschlands. Besonders waren es dort Männer, die in dieser Branche arbeiteten, nur die Hilfsarbeiten wurden von Frauen und Kindern besorgt. Der Durchschnittslohn betrug damals pro 1000 Zigarren 18.18 Mk. Durch die Zollerhöhung für den Doppelzentner Tabak von 24 Mk. auf 85 Mk. machte sich das Verlangen nach billigen Arbeitskräften bemerkbar. Die Folge war, daß die Zigarrenfabrikation mehr nach Westfalen, Hessen und Baden verlegt wurde, um an Arbeitslöhnen zu sparen. Nach Ermittlungen des verstorbenen Börishofer wurden in Baden für 1000 Wickel im Jahre 1889 1.40 Mk. bis 1.70 Mk. bezahlt. Der Lohn der Roller betrug 3.20 Mk. bis 3.60 Mk. pro Tausend, so daß für das Tausend fertiger Zigarren ein Lohn von 4.60 bis 5.30 Mk. bezahlt wurde. Dem Rückgang der Löhne entsprechend war die Zahl der weiblichen Arbeitskräfte emporgeschnellt. Im Jahre 1875 waren 48 523 Arbeiterinnen tätig und im Jahre 1895 war die Zahl bereits auf 78 632 gestiegen, und heute wird die Zahl derer, die innerhalb der Zigarren und Zigarettenindustrie kümmerlich das Leben fristen, noch größer sein.

Da sich die Zigarrenindustrie vornehmlich zur Heimarbeit eignet, wird ein so erbärmlicher Lohn gezahlt, daß selbst der Zuchthausarbeit Konkurrenz gemacht wird. Die in dieser Branche üblichen Hungerlöhne führen zur Unterernährung und machen dadurch den Körper außerordentlich für die Proletarierkrankheit, die Lungentuberkulose, empfänglich.

In Westfalen, Hessen, den sächsischen Walddörfern u. s. w., da sieht man in kleinen engen Wohnungen die bleichen, blutlosen Arbeiter 12 bis 14 Stunden an den Arbeitstisch gebannt sitzen. Kinder und Greise, Kranke und Gesunde, alles wühlt und arbeitet im Tabak. Infolge des langen Sitzens sind Unterleibserkrankungen und nervöse Störungen häufige Krankheitserscheinungen. Die erhöhten Steuerpläne vernichten Tausenden selbst diese erbärmliche Existenz und treiben die Arbeiter dem Elend und der Schande in die Arme.

Durch die Besteuerung des Bieres wird die Schnapsflasche wieder „zu Ehren" kommen, und dadurch wird den „edlen" schnapsbrennenden Junkern der Beutel gefüllt; fließen doch schon heute 48 Millionen durch den Konsumenten des Branntweins in die Taschen dieser Volksvergifter. Und dazu noch die verheerende Wirkung, die der Fusel im häuslichen Kreise anrichtet, worunter Weib und Kinder zu leiden haben.

Wegen solcher Gefahren, die durch die neuen Steuerpläne der Regierung der nicht kapitalkräftigen Bevölkerungsklasse drohen, hat auch die Arbeiterfrau die Pflicht, ihren ganzen Einfluß aufzubieten, damit das System, das das Volk zum Weißbluten bringt, beseitigt wird. Sie erfüllt diese Pflicht, wenn sie dem Manne in seinen politischen Kämpfen als treue und tapfere Genossin zur Seite steht.

Gerichtssaal.

Strafkammer.

Halle, 29. Januar.

Vorsitzender: Direktor Reuter; Ankläger: Staatsanwalt Dr. Comte.

Nur Eigentumsvergehen lagen der heutigen Sitzung zur Aburteilung vor. Ein junger Arbeiter aus Röderau bei Bitterfeld wollte eines Tages im September auf Wanderschaft gehen und seiner Tante adieu sagen. Als er dorthin kam, war die Tante nicht zu Hause. Er wußte, wo die Schlüssel lagen, nahm aus einem Schrank ein Gewehr, eine an der Wand hängende Uhr und ging damit ab. Der Angeklagte räumte die Tat ein und erhielt zu einer jüngst erhaltenen Gefängnisstrafe von vier Monaten eine Zusatzstrafe von vier Wochen. — Ein Schulknabe von Lebendorf sollte einem Landwirt 27 Mk. und eine Menge Handwerkszeug weggenommen haben. Ein Zwanzigmarkstück wurde unter einem Stachelbeerstrauch versteckt vorgefunden. Da der angeklagte Junge aber sagte, die Straftaten wären von mehreren strafunmündigen Knaben begangen, mußte die Sache vertagt werden. — Gleichfalls vertagt wurde eine Diebstahlssache gegen ein Ehepaar aus Wettin, das von einem Privatmann eine Menge Wäschestücke entwendet hatte.

Schöffengericht.

Kleine Chronik. Ein hiesiger schwerhöriger Arbeiter war eines Tages in einem Kaufladen gekommen und hatte ein Schnäpschen in seine Flasche verlangt. Da der Mann schon etwas angetrunken war, wurde ihm vernünftigerweise von dem Kaufmann Schnaps nicht verabreicht. Darüber wurde der Abgewiesene zornig und geriet mit dem Kaufmann in Streit. Schließlich warf der Erregte mit der Schnapsflasche nach dem Kaufmann und zertrümmerte dabei eine sehr kostspielige Fensterscheibe. Die Folge davon war, daß der Mann mit 15 Tagen Gefängnis bestraft wurde. — Ein Arbeiter, der in einem öffentlichen Lokale gepfändet werden sollte, beleidigte den amtierenden Vollziehungsbeamten und muß dafür 30 Mk. bezahlen. — Ein Schlächtermeister sollte, um das gehackte Fleisch damit frisch zu erhalten, sogenanntes Präservesalz verwendet haben. Ein Sachverständiger stellte fest, daß er Bestandteile des Salzes in einer durch die Polizei entnommenen Probe gefunden habe. Da jener Fleischermeister aber auch auswärts geschlachtetes Fleisch bezieht und nicht ausgeschlossen ist, daß jenes Fleisch, als es in den Angeklagten Geschäft eingeführt worden ist, schon mit solchem Salz bestrichen gewesen sein könne, mußte die Freisprechung des Angeklagten erfolgen.

Literatur.

Von der **Neuen Zeit** ist soeben das 18. Heft des 24. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalte des Heftes heben wir hervor: Tohu Wabohu. — Hilligenlei. Der Erfolg eines Buches. Von Karl Korn (Kiel). (Schluß.) Kampfeslehren. Von H. Block. — Die Wirksamkeit des Kinderschutzgesetzes. Von Luise Zietz. — Noch einmal der Kampf der Hamburger Volksschullehrer gegen die Reaktion. Von Emil Krause (Hamburg). — Berliner Theater. Von F. M. — Literarische Rundschau: Julian Borchardt, Wie sollen wir unsere Kinder ohne Prügel erziehen? Von Therese Schlesinger-Eckstein. Professor Dr. J. Rackl, Der Nürnberger Buchhändler Johann Philipp Palm; ein Opfer Napoleonischer Willkür. Von ad. br.

Der **Süddeutsche Postillon** liegt in seiner neuen Nummer 3 vor uns. Einem farbenreichen Titelbild Für den Wechselbalg gibts keine Schonzeit folgt Menschens Abgang (Gedicht). — Biedermeiers Brief über die gepanzerten Flügladischen. — Arbeiterverhältnisse in Deutschland, wahrheitsgetreuer Bericht der englischen Arbeiterdeputation. — Hamburg (Gedicht). — Ein Radikalmittel von Rübezahl — Vorbereitung zum Maskenball. (Illustr.) — Schutzlämmer in Sachsen (Gedicht). — Der Adderik über die Münchener Fastnacht — Katerideen aus dem Karneval, Illustration von A. F. — Unser Kanzler (Gedicht). — Der Generalstreik im Reichstag. — Zwei Verbrecher (Illustr.) — Ein Farbenvollbild Deutsch-englische Verbrüderung.

Briefkasten der Redaktion.

G. H. in H. 1. Sie würden sich unter allen Umständen einer ebenso verächtlichen wie niederträchtigen Handlungsweise schuldig machen, wenn Sie deshalb Anzeige erstatten wollten, zumal gerade der in Betracht kommende Paragraph durchaus veraltet ist. 2. Das wäre noch niederträchtiger. Was veranlaßt Sie zu Ihrem Haß?

B. A. 28. Sie sind zur Rückzahlung verpflichtet, sofern Ihnen alle Kosten auferlegt worden sind.

Quittung.

Lützsch. Für die Partei gingen ein im Gasthof zur Linde 2.10 Mark. B. J.

Verantwortlicher Redakteur i. V.: E. Däumig in Halle.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Partei-Sekretariat für Halle und den Saalkreis
Harz 42/43, Hof, 3 Treppen.
Geöffnet Dienstag und Donnerstag früh von 9—1 Uhr, nachmittags von 4—8 Uhr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219060131-10/fragment/page=0003

Sozialdem. Verein für Halle u. den Saalkreis.

Donnerstag den 1. Februar abends 8½ Uhr in Brunnerts Bellevue, Lindenstrass 78

Versammlung.

Tagesordnung:

1. Wahl eines Mitgliedes zur Preßkommission.
2. Vortrag des Genossen **Adolf Thiele**, über: **„Arbeiter und Kirche."**
3. Die behördlichen Maßnahmen anläßlich der Demonstration gegen das preußische Dreiklassen-Wahlrecht.

Zu zahlreichem Besuch ladet ein **Der Vorstand.**

Gäste haben freien Zutritt. Für die Frauen ist ein besonderer Raum (Segment) reserviert.

Kranken- u. Sterbekasse d. Maurergewerks

zu Halle a. S.

Sonntag den 4. Februar vormittags 11½ Uhr in der Moritzburg, Harz 51

General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht des Vorstandes und Wahl desselben.
2. Bericht vom Kongreß.
3. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Wer bei Nussbaum kauft, spart Geld!

№ 33011

RABATT-KARTE

Hamburger Engros-Lager

Leopold Nussbaum

Halle a. S.
Gr. Ulrichstrasse 60/61.

ANWEISUNG. Wir verabfolgen auf Wunsch bei Baar-Einkäufen für je 20 Pfg. des bezahlten Betrages eine Rabatt-Marke. Diese Marken klebe man in die auf der Innenseite der Rabatt-Karte vorgedruckten Felder. Sobald die Felder besetzt sind, wird die Rabatt-Karte von uns mit **1 MARK** bei Einkäufen in Zahlung genommen.

Gesetzlich geschützt.

Motto: Wir rasten nicht,
Wir rosten nicht,
Wir schreiten mit der Zeit!

Stadt-Theater Halle a. S.

Direktion: **M. Richards.**

Mittwoch den 31. Januar
187. Ab.-Vorst. Beamtenkarten gültig.
1. Viertel.

Die Jüdin.

Große Oper in 5 Akten von Scribe.
Anfang 7½ Uhr. Ende 10 Uhr.

Donnerstag den 1. Februar
138. Ab.-Vorst. Beamtenkarten ungültig.
2. Viertel.

Gastspiel des Charakter-Komikers C. W. Bäßler.

Charleys Tante.

Schwank in 3 Akten von Brandon Thomas.

Walhalla-Theater.

Dir.: **Otto Herrmann.**

Nur noch 2 Tage

das mit so grossem Beifall aufgenommene

Weltstadt-Programm.

Ada PAGINI.

Kaiserl. königl. italienische Hofkammervirtuosin.

Lulu Russel
Lulu Russel

Kaliforn. Schönheits- und Verwandlungs-Soubrette.

The great KARTELLI

in seinen nie gesehenen Leistungen, sowie

Auftreten der anderen nur erstklassigen Attraktionen.

Barbierlehrling sucht sofort oder Ostern **Otto Freundeer.** Barbier und Friseur, **Bitterfeld,** Neuestraße 35a.

Apollo-Theater.

Direktion: **Gustav Poller.**

Nur noch 2 Tage!

Das

Tagesgespräch

von **Halle** ist

Thorn!

Die **Leistungen** von

Thorn

grenzen an das

Fabelhafte!

Außerdem:
Münstedts

Liliputaner-Zirkus.

Ab 1. Februar 1906
Gastspiel des Berliner

Apollo-Ensembles:

Im Reiche des Indra.

Gr. Ausstattungsstück m. Gesang und Tanz von Paul Lincke.

Möbelfabrik.

Durch Auflösung einer großen **Möbelfabrik** habe ein großes Lager gediegener modern. Möbel übernommen, als: Kompl. **Salon-, Speise-, Herren-, Wohn-, Schlafzimmer-Einrichtungen in allen Holzarten,** (Mahagoni, Satin-Nußbaum und Eiche).

Luxuswaren

in allen Stilarten.
Büffetts, Schreibtische, Bücherschränke mit und ohne Truhe.
Vertikows, Schränke, Sieg- u. Auszieh-Tische, Pfeiler- u. Trumeaux-Spiegel, Plüsch- u. Stoffdiwans, Paneel-Sofas, Plüschgarnituren und andere Sachen.

Durch günstigen Einkauf bin ich in der Lage, sämtliche Möbel, um schnell damit zu räumen, zu ganz billigen Preisen abzugeben.

Friedrich Peilcke,
Halle a. S.,
Geiststraße 25. Telephon 2450.

Haynsburg.

Donnerstag den 1. Febr.
Portions-Schmaus.
Sonntag den 4. Febr.
Kleinschmaus mit Maskenball.

Hierzu ladet freundlichst ein
Der Turnverein. **Adolf Reichardt.**
Masken liegen zur Wahl aus.

Lebende

Karpfen

Mittwoch früh extra frisch eintreffend: Lebendfr. Kabeljau 25, Schellfisch 30 Pf., Seelachs 28 Pf., Angelschellfisch 35 Pf. Rotzungen, Schollen, Zander, Hecht.
A. Strube, Geiststraße 59/60.

Hustenbonbon!!

als:
Bayrisch Malz, Althee-Bonbon, Zwiebel-Bonbon, Honig-Malz
empfiehlt billigst
Carl Tornow,
Nachf. Rob. Schirmer,
Zuckerwaren-Fabrik,
Leipzigerstraße, Ecke Kurze Gasse.
Mansfelderstraße 43.

Hals-, Brust-, Katarrh-, Asthma-, Lungenkranke

bitte an mich zu schreiben. Auskunft kostenlos geg. Brfm. Lob-Dankschreib. 1000fach. **K. Schulze,** Plantagenbes., **Weferlingen** Sü Provinz Sachsen.

Für Brautleute!

Plüschdiwan, Trumeaux, Spieg.-Schrk., Stühle, Küchen-Büffett, Preil.-Spiegel, umzugsh. b. z. verk. **Leitergasse 1, I.**

Abbruch. Türen, Fenster, Laden vorbau, Bretter, Brennholz in Fuhren und Körben verkauft billig. — Auch Sonntags. **Glaucharstraße 28.**

Eleg. Herren- u. Damenmasken verleiht **Linke,** Gr. Ulrichstr. 63, II.

Einen Laufburschen

stellt ein
Herm. Wintzer, Langestr. 24.

Tüchtige Metallformer und Maschinenformer

finden dauernde Beschäftigung bei
Hermann Wintzer, Langestraße 24.

Zu Ostern suchen wir einen

Lehrling

gegen monatliche Vergütung.
Emil Baid & Co.,
Halle a. S., Papierwaren-Fabrik.

Im **Februar** bin ich nur nachm. von 8—4 Uhr zu sprechen, Sonntag von 9—10 Uhr.

Dr. Karl Lewin,
Spezialarzt für Wasserheilverfahren,
Halle a. S., Weidenplan 1, Ecke Harz.

Morgen Mittwoch
Schlachtefest
H. Rommel, Landwehrstr. 19.

Dankbarkeit

zwingt mich, gern und unentgeltlich Hals-, Brust- u. Lungenleidenden jegischer Art mitzuteilen, wie ich durch ein einfaches, billiges und erfolgreiches Naturprodukt von meinem qualvollen Leiden befreit worden bin.
Lehrer **Baumgartt** in Kommel bei Aufsig (Elbe).

Gewerkschaftskartell Halle a. S.

Freitag den 2. Februar abends 8½ Uhr im Weißen Roß, Geiststraße 5

Sitzung.

Tagesordnung:

1. Eingänge und Mitteilungen.
2. Berichterstattung über die Aenderung des Kartellstatuts.
3. Streiks und Lohnbewegungen.
4. Verschiedenes.

Zahlreichem und pünktlichem Erscheinen der Delegierten sieht entgegen
Der Vorstand.

Verein für naturgemässe Gesundheitspflege zu Zeitz.

Donnerstag den 1. Februar 1906 abends 8 Uhr in der Wilhelmshöhe

Demonstrations-Vortrag.

Thema: **Die Ernährung des Menschen, die Lebensmittel-Verfälschung und die Küchenchemie, Kochen ohne Feuer, Demonstration der Kochliste, Kostprobenverteilung.**

Referent: Herr **Hermann Thiemann,** praktischer Vertreter der Naturheilkunde zu Minden i. W.

Um zahlreiche Beteiligung bittet **Der Vorstand.**

Wilhelmshöhe, Zeitz.

Freitag den 2. Februar d. J. abends 8½ Uhr

III. Abonnement-Konzert

von der gesamten Stadtkapelle unter persönlicher Leitung des Herrn Direktor Oskar Köhler. Solist: Herr Kapellmeister **Clasen.**

Zur Aufführung gelangt u. a.: Ouverture „Die lustigen Weiber von Windsor" von Nicolai. Violin-Romanze von Svendsen. Solist: Herr Konzertmeister Clasen. Offenbachiana, großes Potpourri von Conradi 2c.

Eintrittskarten an der Kasse 40 Pf.

Nach dem Konzert **BALL der Stadtkapelle.**

Im Vorverkauf 3 Billette **1 M.** sind zu haben bei Herrn **Leopoldt,** Voigtsmauer. — Ergebenst ladet ein **Rob. Hornickel.**

Böhlert's Restaur., Glauchaerstrasse 75.

Täglich Konzert einer erstklassigen Damenkapelle.

Der billige Verkauf der aus Preusser'scher Konkursmasse

herrührender Waren und anderer Waren finden immer noch statt und sind die Preise bedeutend ermäßigt.

Nur Geiststrasse 24.

½ Riegel	Oberschal-Seife 40 Pf.	4 Pfd. Soda	15 Pf.
½ Riegel	Oberschal-Seife 20 Pf.	1 Pfd. Borax	25 Pf.
½ Riegel	Oranienburger 35 Pf.	3 Beutel Waschblau	10 Pf.
½ Riegel	Oranienburger 18 Pf.	Hoffmannsche Reisstärke Pkt.	25 Pf.
½ Riegel	Harz-Kernseife 35 Pf.	1 Paket Salmiak-Terpentin-Seifenpulver	10 Pf.
½ Riegel	Harz-Kernseife 18 Pf.	1 Pak. Veilchen-Seifenpulv.	12 Pf.
1 Pfd.	Schmierseife, geib. gek. 18 Pf.	1 Pak. Henkels Bleichsode	10 Pf.
1 Pfd.	Schmierseife, weiß gl. 18 Pf.	Toilettenseifen	Stück 8 Pf.

Zu den bevorstehenden

Maskenbällen empfehle mein

Kostüm-Lager

zur gefälligen Benutzung.

M. Radtke, Zeitz, Fabrikstr. 8.

Nur Karl Kochs

Nährzwieback

kommt, seiner Zusammensetzung und Wirkung nach, der Muttermilch gleich, wirkt ernährend und gedeihlich, macht alle Verdauungsstörungen unmöglich; man gebe daher den Kindern, wenn sie gedeihen sollen, nur

Karl Kochs Nährzwieback.

Herrenstraße 1.

Zu haben in sämtl. Konsumvereinen.

Paul und Max Driechen.
Tabak- und Zigarren-Handlungen, Wörmlitzerstr. 100, Merseburgerstr. 48 empfehlen sich den verehrten Lesern bei Bedarf.
Kulante Bedienung. Qualitäten.

Tücht. Einlegerinnen

für Tiegeldruck- und Schnellpresse **per sofort gesucht.**
Deutsche Papierwarenfabrik u. Druckerei, **Herm. Kuhnt,** Kronprinzenstr. 54.

Räumfuhren jeder Art besorgt billig **Alb. Ackermann,** Mühlberg 10.

Ansichtspostkarten

empfiehlt **Die Volksbuchhandlung.**

Danksagung.

Herzlichen Dank allen denen, die unserem lieben Toten die letzte Ehre erwiesen haben und ihn mit überaus reichen Kranzspenden bedachten. Dank dem Gesangverein „Freie Sänger" für den Gesang und dem Genossen Albrecht für seine Rede am Grabe. Ferner danken wir seinen Mitarbeitern, dem Transportarbeiterverband, der Parteileitung, Verlag und Redaktion des Volksblatt 2c. sowie der Druckereileitung für die Ehrung.

Halle a. S., den 30. Januar 1906.
Familie **Aug. Hirsch** und Angehörige.

Frdl. gut möbl. Zimmer sofort oder später zu vermieten **Wolffstr. 21,** p.

Nachruf.

Heute verschied nach langem schweren Krankenlager unser Expeditionsangestellter

Willy Ebel

im Alter von 26 Jahren.

Derselbe hat während seiner 10jährigen Beschäftigungsdauer bei uns seine Obliegenheiten stets treu und gewissenhaft erfüllt.

Ehre seinem Andenken!

Der Verlag des Volksblattes.

Dank.

Zurückgekehrt vom Grabe unseres lieben Vaters, sagen wir allen, welche uns ihre Teilnahme bewiesen, auf diesem Wege unseren innigsten Dank.

Weißenfels, den 30. Januar 1906.

Im Namen der Hinterbliebenen:
Friederike König.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Hallescheu Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219060131-10/fragment/page=0004

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 25. Halle a. S., Mittwoch den 31. Januar 1906. 17. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

30. Sitzung. Montag, den 29. Januar 1906, 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Graf Posadowsky.

Der Gesetzentwurf betr. die Grenzberichtigung einiger badischer Reichstagswahlkreise wird in zweiter Lesung debattelos angenommen. Hierauf wird die erste Lesung eines Abänderungsgesetzes über den

Unterstützungswohnsitz

fortgesetzt.

Abg. **Herzfeld** (Soz.d.): Der Gesetzentwurf hat einen Vorzug, den der Offenheit. Offen gesteht die Begründung zu, daß er auf die Entlastung des Großgrundbesitzes ausgeht. Erst schafft man durch die neuen Steuern Tausende von neuen Hilfsbedürftigen, dann macht man dieses Gesetz nicht für die Hilfsbedürftigen sondern für die Agrarier. 1892/93 haben die bürgerlichen Parteien sich noch mit aller Entschiedenheit gegen diese agrarische Tendenz der Unterstützungswohnsitzgesetzgebung gewehrt. Heute erklären, während die ostelbischen Junker die Treiber sind, Zentrum und Nationalliberale in ein paar Sätzen fast rückhaltlos ihre Zustimmung zu der Vorlage. Die behauptete Binnenwanderung, die Vermehrung der Arbeitsfähigen in der Stadt und die der Arbeitsunfähigen auf dem Lande, ist nirgends und von niemand nachgewiesen worden. Nach der einzigen vorhandenen Statistik war die Zahl der Unterstützten und die Höhe der Unterstützungen in Berlin höher als in Ostpreußen. Ueberhaupt hängt die Zahl der Unterstützten am meisten von der wirtschaftlichen Konjunktur und von der vorhengenden Wirkung der Arbeiterorganisationen ab. Die beste Abwälzung der Armenlasten wäre für die Gutsbesitzer freies Koalitionsrecht für die Landarbeiter und demokratische Einrichtungen im Staate! (Bravo! b. d. Soz.) Sie würden den Arbeitern erlauben, daß die Zahl der Unterstützungsbedürftigen sich in ungeahnter Weise verringern wird. Aber man wird sich hüten, in Preußen das Reichstagswahlrecht einzuführen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Lieber hätte man ein Blutbad unter den preußischen Arbeitern angerichtet, gegen das der Petersburger Blutsonntag ein Kinderspiel gewesen wäre, und nur die eiserne Disziplin der aufgeklärten deutschen Arbeiter hat den Bürgerkrieg abgewendet. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.) Die einzige wirkliche Folge dieses Gesetzes wird die Vermehrung der Landarmen sein; den Arbeitern ist es nur ein Köder und eine taube Nuß. Ihnen könnte eine Versicherung der Heimarbeiter und ein Gesetz über den ländlichen Arbeitsvertrag helfen, das die Landarbeiter nicht mehr ungeschützt der Willkür der Junker ausliefere. (Sehr gut! b. d. Soz.) Daß aber dieses Gesetz die Landflucht nicht mindern wird, weiß Graf Posadowsky besser als ich. (Zuruf rechts: Det jloobe ick ooch! — Stürmische Heiterkeit.) Dagegen, daß man die Arbeiter künftig schon mit 16 Jahren ihren Unterstützungswohnsitz will verlieren lassen, haben wir nichts, man erzieht sie dadurch früher zu Klassenkämpfern und sie werden früher zu uns gehen. Auch gegen die andere Folge dieses Gesetzes, die vermehrte Proletarisierung der ländlichen Bevölkerung, haben wir nichts einzuwenden. Wissen doch die Junker schon so wie so die Armen vom Gutsbezirke auf die benachbarte Dorfgemeinde abzuschieben oder zu Landarmen zu deklarieren. Unsere prinzipiellen Forderungen sind: Armenlasten gleich Staatslasten, Aufbringung der Kosten durch progressive Einkommens- und Vermögenssteuer. In diesem Sinne werden wir in der Kommission darauf hinarbeiten, die Armenverbände wenigstens zu vergrößern und die Voraussetzungen der Unterstützungs-Bedürftigkeit sowie die Unterstützungssätze einheitlich gesetzlich festzulegen. Wird doch auf einem Gute des regierenden Fürsten Georg von Schaumburg-Lippe, das in meinem Wahlkreise liegt, eine unterstützungsbedürftige Frau, deren Mann 40 Jahre auf dem Gute gearbeitet hatte, mit 18 Pfg. pro Tag abgeipeist (hört! hört! bei den Sozialdemokraten). Wir müssen darauf hinarbeiten, daß Unterstützungsbedürftige nicht in das Arbeitshaus verwiesen werden und nicht mehr von Ort zu Ort, von Stadt zu Stadt abgeschoben werden dürfen. Auch sonst verlangen wir eine gründliche Reform des Freizügigkeitsgesetzes im Interesse der politisch Vorbestraften und der Ausländer. Es ist eine sinnlose Barbarei, daß Ausländer ausgewiesen werden, sobald sie hilfsbedürftig sind. Schließlich werden wir suchen, die Unterstützten von der politischen Entrechtung zu befreien. Wir müssen endlich beginnen, mit den Ueberbleibseln des Polizeistaates aufzuräumen. Schier wundern muß ich mich, daß kein bürgerlicher Redner die Vereinheitlichung des Armenrechts gefordert hat. Noch immer gelten armenrechtlich die Elsaß-Lothringer als Ausländer. Seit mehr als 30 Jahren wird hierin dringend eine Reform verlangt. Auch Bayern sollte endlich sein partikularistisches Heimatrecht aufgeben. — Alle diese Forderungen sind nichts Sozialdemokratisches, der bürgerliche Staat und ein soziales Königtum könnten sie erfüllen. Unsere endgültige Stellung zu dem Gesetze machen wir von dem Ausfall der Kommissionsberatungen abhängig. (Bravo! b. d. Soz.)

Abg. **Schickert** (kons.): Wenn das Blutbad, von dem der Vorredner sprach, stattgefunden hätte, so wäre es die Schuld seiner Partei gewesen. (Widerspruch und lautes Lachen b. d. Soz.) Die Armenpflege hat auch auf dem Lande große Fortschritte gemacht. Gegen die Leutenot kann nicht das allgemeine Wahlrecht in Preußen helfen; aber die Sozialdemokratie hat es in der Hand, sie zu beseitigen, indem sie von ihrer verhetzenden Landagitation abläßt (Lachen b. d. Soz.) und die Landwirtschaft konkurrenzfähiger machen hilft. In der Stadt wachsen die Kapitalien, auf dem Lande nur die Hypotheken. (Große Heiterkeit.) 500 Prozent Kreiszuschlag, 300 Prozent Kommunalzuschlag sind im Osten nichts Seltenes. Die Verstaatlichung des Armenwesens würde nur das Simulantentum großziehen. Die konsequente Folgerung Ihres (nach links) Widerstrebens gegen die Herabsetzung des Alters für selbständigen Erwerb und Verlust des Unterstützungswohnsitzes, würde die Beschränkung der Freizügigkeit sein. (Hört, hört! b. d. Soz.) Der vorliegende Gesetzentwurf bezweckt die dringend notwendige Abstellung schlimmer Mißstände. (Sehr wahr! rechts.) Es ist selbstverständlich, daß die wohlhabenden Städte etwas für die zufließenden Erwerbskräfte tun. Es ziehen doch nicht nur arme sondern auch reiche Leute in die großen Städte. Es wäre überhaupt wohl das beste, dem Ort der Arbeitsstätte in erster Linie die Unterstützungspflicht aufzuerlegen. Von der Bildung größerer Unterstützungsverbände, die der Abgeordnete Mommsen anregte, verspreche ich mir keinen Erfolg, denn Null plus Null gleich Null. (Beifall rechts.)

Abg. **Gamp** (Rp.): Bei uns in Pommern sind die Arbeitsverhältnisse auf dem Lande so gut, daß dort beinahe das Ideal des Zukunftsstaates durchgeführt ist. (Gelächter b. d. Soz.) Die Arbeitsgemeinde ausschließlich unterstützungspflichtig zu machen, wird nicht angehen; auch die Verminderung der Aufenthaltszeit von zwei auf ein Jahr ist ein zweischneidiges Schwert, dagegen ist die Herabsetzung des Alters sehr zweckmäßig. Empfehlen würde sich eine Bestimmung, daß Personen über sechzig Jahren nicht mehr einen Unterstützungswohnsitz erwerben können. (Beifall rechts.)

Abg. **Wolff** (Wirt. Vgg.) spricht sich im Sinne des Vorredners aus. Die Herabsetzung der Unterstützungsfrist von zwei auf ein Jahr ist in der Tat ein zweischneidiges Schwert und wenig geeignet, die Seßhaftigkeit zu fördern. Die Unschuld vom Lande kommt oft aus der Stadt mit einem Kinde in das heimatliche Dorf zurück. Die neuliche Rede des Grafen Posadowsky hat einen vorzüglichen Eindruck gemacht, der aber durch seine vorausgegangene Rede gegen den Befähigungsnachweis beeinträchtigt wurde. Ohne eine gesunde Agrar- und Mittelstandspolitik kann man keine gesunde Sozialpolitik treiben. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. **Ablaß** (Frs. Vp.) erklärt sich mit den neulichen Ausführungen des Abg. Mommsen voll und ganz einverstanden. Die Agrarier wollen diese Gelegenheit benutzen, um wieder einmal die Städte ein wenig zu massieren. Die Agrarier verstehen es vortrefflich, die Lasten von sich abzuwälzen und die Vorteile einzuheimsen. Die Landflucht besteht unzweifelhaft, aber man kuriert an Symptomen, statt die Ursachen zu beseitigen. Wir halten die Bildung größerer Verbände für das beste Mittel, um einzelne bestehende Ungerechtigkeiten zu beseitigen. Wir werden in der Kommission an einer Verbesserung der Vorlage mitarbeiten; wird aber diese Verbesserung nicht erzielt, so werden wir die Vorlage ablehnen. (Beifall bei den Freisinnigen.)

Staatssekretär Graf **Posadowsky** bestreitet, daß der Gesetzentwurf agrarischen Charakter trage. Auch die kleineren Städte leiden unter der ungünstigen Verteilung der Steuer- und Armenlasten. Wie die Industrie, so hat auch die Landwirtschaft berechtigte Ansprüche an den Staat. — In der Debatte ist auf die armenrechtlichen Verhältnisse des Reichslandes hingewiesen worden. Auch dort ist die Frage im Fluß, und der Statthalter hat im Landesausschuß eine dahingehende Vorlage angekündigt. Das bayerische Heimatwesen ist ein Reservatrecht, über das ich nicht sprechen kann. (Heiterkeit links.) Die Invalidenversicherung hat nicht in dem gewünschten Maße zur Linderung der Armenlasten beigetragen. — Unfraglich gehört die schon von dem ausgezeichneten Sachkenner Meyer von Arnswalde geschilderte Abschiebung der Armen aus einer Gemeinde in die andere zu den traurigsten Erscheinungen in Deutschland. Dies System erzeugt geradezu Vagabunden. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Ich wünsche dringend, daß durch einzelstaatliche Gesetzgebung Zwangsverbände für Armenpflege eingerichtet werden. Dagegen wäre eine Uebernahme des Armenwesens durch den Staat unzweckmäßig, denn je weiter entfernt die gebende Stelle und damit die Kontrolle ist, desto größer werden die Ansprüche. Es gibt unzweifelhaft Leute, die auf Armengesetzgebung studieren. Ich habe neulich keineswegs eine „agrarische" Rede gehalten sondern nur betont, daß man für das platte Land sorgen muß, welches an finanzieller Bleichsucht und Entvölkerung leidet. Derselben Meinung ist der englische Arbeiterführer John Burns, jetzt Mitglied der englischen Regierung, der jüngst erklärt hat, er wünsche kleinere Städte und größere Dörfer. (Sehr gut! rechts.)

Abg. Herzfeld hat behauptet, daß auf der Besitzung eines deutschen Fürsten eine unterstützungsbedürftige Frau 18 Pf. täglich erhalte. Ich werde feststellen lassen, ob die Frau nicht neben der baren Unterstützung noch freie Wohnung und Naturalien erhält. — Zu dem Recht, bedürftige Ausländer auszuweisen, müssen wir festhalten, denn wir können nicht Deutschland zum Sammelort für alle zweifelhaften Elemente von ganz Europa machen. (Sehr wahr! rechts.) Hat doch auch das englische Parlament eine strenge Fremdenbill angenommen; das freie Amerika die schärfsten Verfügungen über Einwanderung getroffen. — Der Vorschlag, Personen über 50 oder 60 Jahren keinen eigentlichen Unterstützungswohnsitz mehr erwerben zu lassen, ist praktisch schwer realisierbar und würde die Praxis des Abschiebens verstärken. — Ich bitte Sie, möglichst bald in die Einzelberatung der Vorlage einzutreten. (Bravo! rechts und im Zentrum.)

Abg. **Schrader** (Frs. Vgg.) wendet sich gegen das Gesetz, das ausschließlich dem Großgrundbesitz nütze und die grausamen Abschiebungen noch vermehren werde. Es wäre am besten, das Gesetz gar nicht erst in die Kommission gehen zu lassen. (Beifall b. d. Freis.) Das würde sich auch im Hinblick auf die Geschäftslage des Reichstags empfehlen, denn jetzt schon sind etwa 200 Abgeordnete in Kommissionen tätig. (Hört, hört!)

Damit schließt die Debatte und die Vorlage wird auf Antrag Singer an eine 21gliedrige Kommission verwiesen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs über die

Hilfskassen.

Unter Aufhebung des Gesetzes „Ueber die eingeschriebenen Hilfskassen" von 1876 sollen die Hilfskassen in das Gesetz über das private Versicherungswesen einbezogen werden.

Abg. **Giesberts** (Ztr.): Die Vorlage wendet sich in ihrer Begründung gegen die sogenannten Schwindelkassen und will die soliden Kassen auf eine gesunde Basis stellen. Damit sind alle einverstanden. Anders steht es mit dem Weg, den die Vorlage einschlägt. In der vorgeschlagenen Form ist der Entwurf überhaupt nicht akzeptabel. Die freien Hilfskassen empfinden die Vorlage als ein Ausnahmegesetz und als einen Schlag gegen ihre Selbstverwaltung. Die Sterbekassen haben zwar mit der Unterstellung unter das Aufsichtsamt für Privatversicherung gute Erfahrungen gemacht; aber mit der Krankenversicherung steht die Sache anders, zumal man ja auch nicht die anderen Kassen, Betriebskassen, Ortskassen usw. dem Aufsichtsamt zu unterstellen beabsichtigt. Die Arbeiter fragen sich mit Recht: Warum versucht man nicht erst eine Reform des Hilfskassengesetzes selbst? Zu Maßregeln gegen die Schwindelkassen werden die Hilfskassen gern selbst die Hand bieten. Man hätte ruhig warten können bis zur Reform des Krankenversicherungs-Gesetzes. Die Hilfskassen fürchten, daß ihnen vom Aufsichtsamt Bedingungen gestellt werden, die ihr Bestehen unmöglich machen. — Gegen die Schwindelkassen kann man doch schon mit Hilfe des Betrugsparagraphen vorgehen. — Meine Freunde sind für einfache Beseitigung der Hilfskassen nicht zu haben. Wir beantragen die Einsetzung einer Kommission von 14 Mitgliedern, und werden versuchen, in ihr bessere Maßregeln gegen die Schwindelkassen zu finden. (Bravo! im Ztr.)

Abg. **Lesche** (Soz.): Die Vorlage hat überall Ueberraschung hervorgerufen. Daß man in der vorgeschlagenen Form die Hilfskassen dem Versicherungsamte unterstellen würde, hat niemand gedacht. Während die Krankenversicherung bringend eines umfassenden Reform bedarf, während die notwendige Vereinheitlichung der ganzen Arbeiterversicherung immer wieder hinausgeschoben wird, kommt jetzt die Regierung mit einer Vorlage, deren freilich uneingestandener Zweck es ist, den freien Hilfskassen den Lebensfaden zu unterbinden. (Sehr richtig! bei den Soz.) — Gegen die Schwindelkassen hat die sozialdemokratische Presse stets Krieg geführt, fand aber dabei so wenig Unterstützung, daß vielmehr Gerichte und Staatsanwälte gegen sie aufgeboten wurden. (Hört, hört! bei den Soz.) Die Hamburger Nachrichten, denen niemand besondere Arbeiterfreundlichkeit zuschreiben wird, erklären ausdrücklich, daß diese Vorlage, wenn sie nicht abgeändert wird, das Schicksal der Hilfskassen besiegelt. (Hört, hört! bei den Soz.) — Die Hilfskassen sind absolut notwendig, weil die niedrigen Leistungen der öffentlichen Krankenkassen den Arbeitern eine doppelte Versicherung geboten erscheinen lassen. Die Schwindel-Kassen haben sich diese Sachlage zunutze gemacht. Immerhin sind diese Schwindelkassen nur vereinzelte Erscheinungen. Außerdem bietet das neue Gesetz nicht einmal genügend Handhaben gegen sie; sie werden sich den Bedingungen des Aufsichtsamts leicht anpassen, und im übrigen werden alle Mißstände bestehen bleiben. Dagegen nimmt das Gesetz nicht die mindeste Rücksicht auf die soliden Hilfskassen. Die Hilfskassen werden gezwungen sein, alle Anzeigen im Reichsanzeiger zu veröffentlichen, auch wenn ihn kein einziger Versicherter in die Finger bekommt, und auf Verlangen jedes Mitglied durch eingeschriebenen Brief

---

Kleines Feuilleton.

Stadt-Theater.

Die dramatische Gattung „vaterländisches Drama" oder „patriotisches Schauspiel" ist durch die modernen Theatersäbelrasler, die Wildenbruch und Lauff, gründlich auf den Hund gekommen. Es mag deshalb scheinen, wenn man die Produkte der genannten Herrschaften in der Zeitung zu beurteilen hat, daß schon die Tendenz eines Wildenbruchschen oder Lauffschen Dramas die künstlerische Wertbeurteilung bestimmt. Das ist aber durchaus nicht der Fall. Möge der Inhalt, der Stoff eines Dramas in seiner ganzen Tendenz der Lebensauffassung des Beurtellers entgegenstehen, so kann dies Moment nie ein Grund sein, etwa vorhandene künstlerische Werte des einen oder des anderen Dramas zu verwerfen. Ein Beispiel dafür gibt die Beurteilung von Heinrich von Kleists **Prinz von Homburg**. Mit derselben Leidenschaftlichkeit, wie ein jeder Freund der deutschen Sprache und der deutschen Dichtkunst die jammervollen Fabrikate der schon bezeichneten Poeten verurteilt, einzig und allein wegen ihrer künstlerischen Minderwertigkeit, mit derselben Leidenschaft wird er das Hohenzollerndrama des unglücklichen Heinrich von Kleist als ein gewaltiges Meisterwerk deutscher Dichtkunst verteidigen. Welch ein Unterschied zwischen den öden, die deutsche Sprache verhunzenden, lächerlichen Tiraden des Wildenbruch und Lauff und den klassisch-schönen Worten der Kleistschen Dichtung, deren Sprache nur zu vergleichen ist mit der unseres großen Schiller und des gewaltigen Briten von Stratford. Das System, welches der Dichter in seinem Stücke verherrlicht, widerspricht unserer ganzen Anschauung. Das Stück atmet konservativen Geist, glorifiziert die Gestalt des brandenburgischen sogenannten „großen" Kurfürsten Friedrich Wilhelm, aber trotzdem ist es schön, gewaltig groß als Kunstwerk. Glücklich die Nation, welche einen solchen Dichter ihr eigen nennt. Schade nur, daß der „Dank des Vaterlandes" dem gewaltigen Dichter gegenüber sich darin äußert, daß seine bescheidene Grabstelle bei Wannsee, wo er sich selbst den Tod gab, bald ein ganzes Jahrhundert lang dem Verfallen preisgegeben wird. Bis zu seinem Lebensende war der Dichter ein glühender Patriot. Obwohl aus adeligem Geschlechte, doch der wirtschaftlichen Misere ausgesetzt, griff der Arme schließlich zur Waffe und erschoß sich und seine Leidensgefährtin. Die ganze Literatur preist den großen Dichter, Theaterdirektoren füllen mit dem Käthchen von Heilbronn und der einzigartigen Komödie vom zerbrochenen Krug ihre Häuser, Buchhändler veranstalten von seinen Werken Klassikerausgaben, der Dichter gehört dem Volke. Aber für den unglücklichen Menschen Heinrich von Kleist hat die Gesellschaft, die ihn verhungern ließ, nicht soviel übrig, daß ein Tagelöhner die verwahrloste Grabstätte des Dichters herrichtet. Das bittere Los manches Edlen der Menschheit.

Zu Kaisers Geburtstag wurde das Stück erstmalig aufgeführt. Da wir aber prinzipiell solche Vorstellungen nicht besuchen, wo patriotische Ovationen zu erwarten sind, so mußte sich der Rezensent das Stück am Montag bei der Wiederholung ansehen. Es wurde leidlich gegeben. Herr Heinz gab den Kurfürsten, und man darf sagen, daß auch er, wie man das schon gewöhnt ist, eine wunderbare Gestalt auf die Bühne stellte. Herr Dohme spielte den Helden des Stückes, den Prinzen von Homburg, der die Schlacht von Fehrbellin auf eigene Faust gewinnt, mit ganzer Hingabe. Leider ist der Künstler erst Anfänger und muß noch viel lernen, um die Gestalt, welche mehr ist als die eines bloßen Liebhabers und Schwärmers, voll zu erschöpfen. Lobend zu nennen ist noch die von Fräulein Hallwill dargestellte Prinzessin Natalie und der von Herrn Steg gegebene Daudegen Kottwitz. Herr Scholling hat auf die Einstudierung viel Mühe verwandt, was anerkannt werden muß.

M.

„Vor und nach der Revolution". Der Frankf. Ztg. wurde unter dieser satirischen Spitzmarke aus Berlin geschrieben:

In der Berliner Gesellschaft lächelt man einander zu. Jeder wußte natürlich immer schon, daß es so kommen werde, wie es kam. Selbstverständlich hat keiner im Ernst an die Revolution in Berlin gedacht! Der Morgen des 22. Januar ist umblutig und mit friedlichen Zeitungsnachrichten herausgekommen, und an einem Tischchen bei Josty sitzen zwei Herren mit mehrfach vernarbten Gesichtern und wundervoll durchgezogenen Scheiteln und politisieren.

„Haben Sie denn an Blut gedacht?"

„Was denn! Lernen Sie mich in Berlin Polizei kennen!"

„Meinen Sie denn, die Polizei hat dran gedacht?"

„Lächerlich!"

„Und der Minister?"

„Kein Gedanke!"

„Und der Gouverneur, ich meine Exzellenz Hahnke?"

„Nicht 'ne Sekunde!"

„Und Bülow? Und . . . Und . . .? Kellner, noch eine Tasse Mokka!"

„Niemand hat sich gefürchtet!"

(Pause. Man liest im Lokalanzeiger.)

„Wissen Sie, das hier, was die schreiben, ist auch ganz richtig! Zur Beruhigung für das anständige Volk war das Militär da. Die breiten Schichten sind feige. Die wollen ein paar Regimenter in Waffen sehen. Das tut ihnen wohl. Wissen Sie, ich war zufällig an der Schloßbrücke, wie die Ulanen über die Linden aufzogen und dann das Artillerie-Regiment Nr. 3 . . ."

„Und ich an der Friedrichstraße. Hab' 'n Freund begrüßt, der die Dragoner führt. An allen Fenstern haben anständige Menschen gestanden und haben sich gefreut. Kerls hätten das sehen sollen!"

„Ja, kennen Sie die Herrschaften! Kerls sind viel zu schlau, um sich Gefahren auszusetzen. Und dann wissen Sie, der Berliner Arbeiter ist hochnäsig! Spielt lieber selbst Polizei."

„Verhältnismäßig ist das noch gut!"

(Pause. Man trinkt Kaffee.)

„Aber wissen Sie, eins ist doch merkwürdig. War nämlich Abend vorher — ganz komisch — auf'm Presseball. Wissen ja, unsere Geheimrats gehen auch immer hin, mit allen Töchtern. Na, da stand ich denn auch vor der . . . vor der . . . vor der Empfangsloge. Und da war neben mir so'n Mensch, der kannte die Herren. Links, sagte er, das wär' der Minister des Innern, Bethmann-Hollweg, und ihm gegenüber auch vorn am Tisch, Exzellenz Hahnke. Hab' ich selber deutlich gesehen!"

„Ach was!"

„Und weiter hinten stand 'n schlanker Herr, tipp-topp, da sagte der Mensch, das wär' der Polizeipräsident!"

„Nanu!"

„Und 'n Mann, der mit ihm sprach, so mitten in der Loge immerzu sprach, das war der Vorsitzende vom Presseverein, um wissen Sie, was der Mensch neben mir sagte: 'n Demokrat! Ein Demokrat! Hab' ich selber deutlich gehört!"

„Hat man Worte!"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219060131-10/fragment/page=0005

zur Generalversammlung einzuladen, was alles eine ungeheure Erhöhung der Verwaltungskosten bedeutet. Die örtlichen Verwaltungsstellen mit ehrenamtlicher Tätigkeit der Beamten werden bei der Unterstellung unter das Privatversicherungsamt verschwinden. Das schlimmste, was die Vorlage bringt, ist die Willkür des Aufsichtsamts. Sie entzieht den Kassen den Rechtsboden, auf dem sie stehen und sich verteidigen können. Die Begründungsschrift behauptet, daß das Aufsichtsamt zein diskretionäres Ermessen gegen die Sterbekassen sehr loyal gehandhabt habe. Die Denkschrift der Hilfskassen beweist das Gegenteil. Die Vorlage ist eingebracht worden, ohne die Beteiligten auch nur zu hören. (Hört, hört! links.) Die Regierung hat sogar die Einladung zu ihrem Kongreß abgelehnt (Hört, hört! links), obwohl der Saal nicht einmal rot drapiert war (Heiterkeit) und Hilfskassen verschiedener politischer Richtung an dem Kongreß teilnahmen. — Da das Gesetz über den Versicherungsvertrag noch gar nicht besteht, so bedeutet die jetzige Vorlage die Aufhebung des bisherigen Hilfskassen-Gesetzes, ehe man überhaupt weiß, welchen Bestimmungen in Zukunft diese Kassen unterworfen sein sollen. — Der Hilfskassen-Kongreß hat sich auf das entschiedenste gegen diese Vorlage erklärt, während er gern bereit ist, an einer Bekämpfung der Schwindelkassen mitzuwirken. Daß es sehr wohl möglich ist, mit den bestehenden Vorschriften die Schwindelkassen zu bekämpfen, zeigt Hamburg, wo die Schwindelkassen keinen Fuß haben fassen können, während sie im benachbarten preußischen Altona florieren. — Wie schon der Vorredner hervorhob, entspringt diese Vorlage dem Bestreben, die Selbstverwaltung der Krankenkassen zu beseitigen. Ich erinnere an die Vorschläge des Geheimen Regierungsrats Hoffmann und an die Aeußerung des Fürsten Bülow im Herrenhause. Mit der Beseitigung der Selbstverwaltung aber wäre die ganze soziale Gesetzgebung bistreditiert. — Wir sind für Ueberweisung der Vorlage an dieselbe Kommission, die den Versicherungsvertrag berät. (Bravo! bei den Soz.)

Staatssekretär Graf **Posadowsky:** Durch das bisherige Hilfskassengesetz lassen sich verschiedene Manipulationen nicht beseitigen, weil es sich auf einen rein formalen Standpunkt stellt. Wie die Kassen jetzt vorgehen, dafür einige Beispiele: Eine Kasse lehnte die Bezahlung des Krankengeldes ab, weil der Kranke bei seinem Eintritt verschwiegen hatte, daß er einmal einen Armbruch erlitten hatte. (Heiterkeit), eine andere Kasse mit der Begründung, daß der Kranke verschwiegen habe, daß er einmal auf einer Reise nach Amerika seekrank gewesen sei (Heiterkeit), eine dritte sogar mit der Erklärung, der Kranke habe verschwiegen, daß er sich drei Jahre vorher einmal ein Abführmittel habe verschreiben lassen. (Heiterkeit.) Eine dilatorische Behandlung die er Frage würde ich für einen Fehler halten. Die Köln. Volksztg., die Soziale Praxis und zahlreiche andere Zeitungen haben ganz den Standpunkt der Regierung vertreten. Auf alle Einzelheiten werde ich in der Kommission eingehen. (Beifall.)

Abg. Dr. **Mugdan** (Freis. Volksp.): Was die Regierung will, eine Stützung der guten Kassen und eine Beseitigung der Schwindelkassen läßt sich nicht in einem Gesetz erreichen, man muß deshalb differenzieren. Nach meiner Ansicht ist eine Reform unseres Versicherungswesens zunächst in der Richtung durchzuführen, daß der Personenkreis der Krankenversicherungspflichtigen dem der Unfallversicherungspflichtigen angepaßt wird. Die einzelnen Kassen, wie die Innungskassen usw., müssen beseitigt werden, dann wird die Hilfskasse als Zuschußkasse eine neue Blütezeit erleben. Dieses Gesetz lehnen wir ab und bitten um Verweisung an eine besondere Kommission.

Darauf wird die Weiterberatung auf Dienstag, 1 Uhr, vertagt. Außerdem steht auf der Tagesordnung das Gesetz betr. Abänderung von Reichstags-Wahlkreisen.

Schluß 6 Uhr.

Halle und Saalkreis.

Halle, 30. Januar

Aus dem Stadtverordnetensaale.

Wieder waren die Tribünen überfüllt, und trotz kaum erträglicher Temperatur hielten die Zuhörer tapfer aus. Die Debatte über den Erwerb des Amtsgartens und der Ruine Giebichenstein war reich an interessanten Momenten. Herr v. Bagenski, der Mitbewerber, hat erklärt, bekomme er die Ruine nicht mit, dann fehle seinem Besitze der „Kopf“. Da die Stadt nunmehr die Ruine trotzdem erworben hat, muß sich Herr v. Bagenski ohne Kopf zu behelfen suchen. Es wird schon gehen.

„Ja, seh'n Se! 'n Moment lang dacht' ich fast, es wär' so'n bischen ostentativ das, mit der öffentlichen Meinung, wissen Se, von der man immer spricht. Von wegen dem nächsten Tag, meint' ich; wenn's dann losgeht, die Herrschaften sind dajewesen!“

„Das glauben Sie?“

„Nee, nee. Es is ja nich losgegangen. Hat ja auch keiner im Ernst dran gedacht!“

„Eben!“

„Kellner, zahlen!“

Ueber die Erziehung des Rauchers schreibt Otto Ernst in einem Feuilleton der Wiener Neuen Freien Presse unter anderm: „Um die Seele einer Zigarre aufzuerwecken, muß man sie recht anzünden und langsam erglühen machen. Da gibt es Menschen, die eine Zigarre anzünden wie eine Talgkerze oder wie eine Rakete und dann brennen lassen, was brennt. Ob sie links oder rechts, oder oben oder unten schief brennt, ob die Außenseite ganz bleibt, während das „innere Feuer“ schon auf der Zunge brennt, das ist ihnen alles gleich. Andere Menschen gibt es, die sie so gründlich anzünden, daß sie fast bis zur Hälfte verbrennt, und die erhabensten Augenblicke der Zigarre, ihre ersten, reinsten, jungfräulichen Düfte untergehen im Gestank des Streichholzes. Dann vergessen sie über Dingen, die vermeintlich wichtiger sind als rauchen, zu ziehen, und die Zigarre wird zum Kohlenmeiler und entwickelt wirklich sehr giftige, Kopfschmerz verursachende, abscheulich riechende Kohlengase; plötzlich erwacht das Pflichtgefühl des Rauchers wieder, und er beginnt zu ziehen wie zehn geweitschte Ackergäule, bis das Feuer an einer unglaublichen Stelle der Wand die Zigarre durchbricht usw. Wozu sich durch die Ausmalung solcher Greuel quälen? Der Anblick solcher Barbareien schneidet ins Herz. Der Raucher von Erziehung zündet eine Zigarre genau so weit an, wie zum gleichmäßigen Weiterbrennen nötig ist, nicht weniger und nicht mehr. Und dann zieht er langsam und regelmäßig. Und wie Göthes Sänger, drückt er die Augen zu; denn das ist wahr: die ersten Liebkosungen einer schönen Zigarre sind die zartesten, und ein Dankbarer genießt sie mit innerster, frommer Sammlung. Das ist der verbreitetste Fehler der Dilettanten, daß sie zu schnell rauchen, daß sie „passen“ wie die Lokomotiven. Die Zigarren gleichen jenen vornehmen und zarten Frauen, die vor brutalen, stürmischen Anträgen sich scheu und verletzt zurückziehen und verschließen, und der langsamen, ehrfurchtsvollen Werbung alles gewähren in stetig wachsendem Erglühen. Ja, das ist es: die Liebe, die im ersten Aufturm das Höchste verlangt und das Höchste gewährt, sie kann nur abnehmen; die langsam werbende und erworbene Seele wächst von Minute zu Minute. Gewiß, das erste Glück des Rauchers ist das zarteste und duftigste; aber die heißesten und berauschendsten Geheimnisse enthüllt doch erst die voll entbrannte Zigarre, und wie die Liebe eines wahren Weibes mit einem wahren Herzen süß bleibt bis zum Schlusse, so währt der Zauber einer edlen und recht gerauchten Zigarre bis zum letzten Ende, gewisse schwere und allzu heftige Importen ausgenommen. „Langsam rauchen,“ das ist gemeint, wenn man, einem Dilettanten eine Zigarre rauchend, hinzufügt: „Die müssen Sie mit Verstand rauchen,“ eine Bedingung, die unbegreiflicherweise jeder zu erfüllen verspricht.“

Waren auch mehrere der andern Punkte der Tagesordnung von lebhaften Aussprachen begleitet, so konzentrierte sich doch die Aufmerksamkeit auf den letzten Punkt, auf die Interpellation wegen der Polizeimaßnahmen am 21. Januar. Herr v. Holly — der „Chef der Polizei,“ Oberbürgermeister Staude hatte vorher den Saal verlassen — stellt: nichts von dem in Abrede, was Genosse Thiele zur Begründung der Interpellation gesagt hatte. Ein merkwürdiger Widerspruch fiel in der Erklärung des Bürgermeisters auf. Er sagte, wären die Maßnahmen der Polizei vorher dem Magistrat unterbreitet worden, dann würde er die Besprechung abgelehnt haben, eben weil es Polizeisache sei. Dann aber führte er aus: Würden Ruhe und Sicherheit durch die Polizei gestört worden sein, dann würde der Magistrat eingegriffen haben. Erkläre mir, Graf Oerindur, diesen Zwiespalt der Natur! — Aber den Arbeitern wird das, was Herr v. Holly gesagt hat, genügen; mehr noch das, was er nicht gesagt hat.

In der geschlossenen Sitzung wurde gegen die sozialdemokratischen Stimmen beschlossen, Herrn Staude das Ehrenbürgerrecht für Halle zu verleihen und den erkrankten Feldwebel der Feuerwehr, Herrn Fingerhuth, 170 M. zu einem sechswöchentlichen Kuraufenthalt in Wiesbaden zu gewähren. Der Bürgermeister Bischoff in Weißenfels wollte für zwei Tage Diäten haben für seinen Rundgang bei den hiesigen Stadtverordneten als Kandidat um eine Stadtratsstelle. Da ihm ausdrücklich nur die Fahrt-Vergütung zugesichert worden war, lehnte das Kollegium einstimmig das merkwürdige Ansinnen ab.

Verkehrte Erziehungsmethode.

Es darf nicht verkannt werden, daß die Fortbildungslehrer mit den erwachsenen jungen Leuten sehr schweren Stand haben, die Prügel-Erziehungsmethode ist aber falsch, darüber gab eine gestern vor dem Schöffengericht stattgehabte Verhandlung Aufklärung. Der 16jährige Dreherlehrling Gustav Noth hatte am Abend des 15. November gelegentlich des Fortbildungsunterrichts in einer Pause überlaut gesprochen und war deshalb von einem anderen jungen Burschen an die Tafel geschrieben worden. Noth löschte seinen Namen aus und drohte dem Aufpasser, er möge ihn nicht wieder aufschreiben. Der Aufpasser erzählte die Sache dem Lehrer; dieser kündigte dem Noth an, er müsse nachsitzen, und letzterer sagte, er habe keine Zeit dazu. Da Noth vordem dem Lehrer auf Befragen nach einem Entschuldigungsschreiben schon einmal eine recht unpassende Antwort gegeben hatte, geriet der Lehrer in Erregung und gab dem jungen Menschen ein paar Ohrfeigen. Der Lehrer meinte als Zeuge, die Verabreichung solcher Prügel möge wohl hart erscheinen, aber dies Erziehungsmittel sei immer noch empfehlenswerter als die Auslieferung der jungen Leute an die Polizei. Der geohrfeigte Mensch wurde dann zum Rektor geführt, wo er noch Stockprügel erhalten sollte, wogegen er sich jedoch zur Wehr setzte. Aus dieser unserer Meinung nach durchaus unangebrachten Prozedur — Prügel für einen Sechzehnjährigen — entwickelte sich dann weiter, was dem Angeklagten besonders schwer zur Last gelegt wurde. Bei dem Zwingen zur Prügelei hatte man dem Angeklagten den Rockkragen zerrissen und in der Abwehr hatte der junge Mensch dann um sich gehauen und dabei seinen Lehrer getroffen. Alles die Folgen der Erziehung durch die kulturwidrige Prügelstrafe. Hinzu kommt, daß der junge Mensch eine Hilfsschule besucht hat, also geistig nicht besonders gut veranlagt ist, und daß der Lehrer dem Angeklagten gegenüber Ausdrücke gebrauchte, die wahrlich nicht angebracht waren, zumal der Vater des Beschuldigten ein Schulabgangszeugnis vorlegte, nach dem sein Sohn sich recht gut betragen habe. Vor Gericht traten schließlich Rektor und Lehrer für eine mildere Beurteilung des Falles ein. Dem Strafantrag gemäß wurde der Angeklagte zu 10 M. Geldstrafe verurteilt. — Kein Mensch wird behaupten wollen, daß der ganze Vorgang zur Stärkung der Autorität der Schulbehörden beigetragen hat. Es ist sehr erklärlich, daß sich größere Menschen nicht mehr so leicht züchtigen lassen als kleine Kinder. Mag den Fortbildungslehrern ihr Amt noch so schwer fallen, die körperliche Mißhandlung wirkt verrohend, deshalb fort mit der Prügelstrafe.

Die Ausbeutung

jugendlicher Personen beschäftigt jetzt wiederholt die Gerichte. Gestern wurde vom Schöffengerichte der Schlossermeister Hugo Schönbrodt mit 10 M. bestraft, weil er entgegen den Bundesrats-Bestimmungen Sonntags einen jugendlichen Arbeiter in unzulässiger Weise beschäftigt hat. Das rückständige Kleinmeistertum, das sonst in jeder Kleinigkeit eine Gesetzwidrigkeit erblickt, will sich durchaus nicht an die Bestimmungen zur Verhütung der Ausbeutung der Jugendlichen gewöhnen.

Erbarmet Euch der hungernden Vögel!

In großen Lettern kann man jetzt in den bürgerlichen Blättern diese Aufforderung lesen. In beweglichen Worten wird an die mitleidigen Herzen der Menschen appelliert, zu helfen, unsern gefiederten Sängern die Härten des Winters lindern zu helfen. Das ist gewiß anerkennenswert. Aber die bürgerlichen Blätter, die solche Aufforderungen bringen, machen sich eine Inkonsequenz schuldig, die nicht oft genug an den Pranger gestellt werden kann. Für die Leiden unserer Tierwelt haben sie ein offenes Auge und eine offene Hand, aber die Not und das Elend, das sich hundertfältig bei den Menschen findet, wird von ihnen nicht einmal eines mitleidigen Blickes gewürdigt. Im Gegenteil! Nimmt sie einmal Notiz von einem besonders krassen Fall von Elend, so kann man hundert gegen eins wetten, daß immer dem Unglücklichen selbst die Schuld an seinem Lose zugeschoben wird. Arbeitsscheue und Trunkenbolde, Landstreicher und Vagabunden, die einer Unterstützung nicht wert sind, und vor denen in der guten bürgerlichen Presse auf das eindringlichste gewarnt wird, sind die Namen, mit denen man die Enterbten bedenkt. Nicht selten kann man in derselben Zeitungsnummer, in der es heißt: „Erbarmet Euch der hungernden Vögel“, Notizen finden, die von allem andern eher zeugen, als von Mitleid für die Mitmenschen. Die Bestrebungen der Arbeiter, sich durch Zusammenschluß ein besseres Dasein zu erkämpfen, sich durch Zusammenschluß Not und Elend vom Leibe zu halten, werden auf das erbittertste bekämpft. Die Führer der Arbeiter werden als gewissenlose Halunken verschrien, die dem Volke das Geld aus der Tasche ziehen. Nicht ein Fünkchen von Verständnis ha: man für die Bestrebungen des Proletariats, oder richtiger: man will kein Verständnis dafür haben, weil der Mammon der Besitzenden, der dreimal geheiligte Profit etwas geschmälert werden könnte. Deswegen ist man blind, wenn es sich um die Leiden und Sorgen der Mitmenschen handelt. Deswegen erwähnt man ihrer nicht, weil man dadurch die Berechtigung der Arbeiter zugestehen müßte, auf Abhilfe zu sinnen. Deshalb schieb man auch immer dem einzelnen die Schuld zu, wenn man einmal gezwungen ist, einen Fall von Elend zu registrieren. Die Macht der Verhältnisse, die dem Menschen zu dem machen, was er ist, wird nicht anerkannt, und leichtfertig unterläßt man es, nach den tieferen Gründen alles Elends zu forschen.

Bei den hungernden Vögeln ist es anders. Da läuft man nicht Gefahr, die „Begehrlichkeit“ noch mehr anzustacheln. Da ist man sicher davor, daß sich für den Geldbeutel unangenehme Folgeerscheinungen einstellen. Um so mehr, als eine Unterstützung der Vögel nichts weiter mit sich bringt, als eine geringe Mühewaltung und die Börse überhaupt nicht angreift. Da ist es denn ein leichtes, zu schreiben: „Gedenket der hungernden Vögel“. Obendrein umgibt man sich noch für oberflächlich Urteilende mit dem Heiligenschein der Humanität.

Auch diese Aufforderung der bürgerlichen Tierfreunde gibt dem Arbeiter Anlaß, darüber nachzudenken, wie es eigentlich mit ihrer Menschenfreundlichkeit beschaffen ist. Und auch hier wird ihm die Erkenntnis, daß er von jener Seite nichts zu hoffen hat, daß er allein auf seine eigene Kraft angewiesen ist. Arbeiter! Schließt Euch zusammen, um Sorge und Not und Hunger des Menschen zu vertreiben! Gedenket der hungernden Menschen! Die hungernden Vögel werden dann auch nicht vergessen werden.

---

* **An der Proletarierkrankheit gestorben** ist in der vergangenen Nacht der Genosse Willi Ebel, der seit seinem vierzehnten Lebensjahre über zehn Jahre lang in der Expedition des Volksblattes tätig war. Ebel hat lange Zeit die Besorgung der auswärtigen Auflage nach Zeitz und später nach Merseburg, Weißenfels 2c. besorgt und ist dadurch einem größeren Kreise von Parteigenossen bekannt geworden. Sein zuvorkommendes Wesen und seltene Gewissenhaftigkeit werden ihm ein ehrendes Andenken sichern.

* **Eine Protestversammlung** der liberalen Partei gegen den Schulgesetzentwurf fand gestern abend in den Kaiserhallen statt. Der Referent, Landtags-Abg. Wolgast-Kiel, führte in sachlicher, ruhiger Weise den Versammelten die Schäden des Entwurfes vor Augen. Er verschwieg auch nicht, daß das deutsche Bürgertum bisher wenig auf dem Posten gewesen sei und wies auf die Rührigkeit der Sozialdemokratie sowie der Gewerkvereine hin. Weiter unterzog er das Verhalten der anderen bürgerlichen Parteien einer scharfen und berechtigten Kritik, bei welcher besonders die Nationalliberalen sehr schlecht abschnitten. Mit den Maßnahmen der Regierung ist Redner nicht einverstanden, es sei im Entwurf sehr wenig Rücksicht auf die breiten Massen des Volkes genommen worden. Kurz gesagt, der Vertrag hätte, ohne das nationale Deiwert, wohl auch vor Arbeitern gehalten werden können. Der Landtags-Abgeordnete Keil, welcher am Erscheinen verhindert war, legte in einem Briefe seine Stellung zum Entwurf nieder. Auch der Landtags-Abgeordnete Schmidt sprach sich darüber aus. Die Erklärungen beider Herren sowie auch des Referenten führten aus, daß für sie die Annahme des Gesetzes nicht möglich sei, wenn nicht die Gleichstellung der konfessionellen und Simultanschulen, die Beseitigung der geistlichen Schulaufsicht und die Aufhebung der Beschränkung der Selbstverwaltung darin eingefügt werden. Die Anwesenden, annähernd 250, nahmen einstimmig eine in diesem Sinne gehaltene Resolution an.

* **Eine Protestversammlung gegen die Brausteuervorlage** ruft der Neue Halleische Gastwirtsverein in Gemeinschaft mit der Brauereivereinigung auf Mittwoch, 31. Januar, nachmittags 3½ Uhr, nach dem Bellevue ein. Als Referent ist Herr Rechtsanwalt und Stadtverordneter W. Herzfeld gewonnen.

* **Die Vorlesungen des Herrn Privatdozenten Dr. Eisbacher** über die rechtlichen Grundlagen unseres Staatslebens brachten in ihrer gestrigen Fortsetzung die Entwicklung vom römischen Reich deutscher Nation zum neuen deutschen Reich. Der Flug einer tausendjährigen Entwicklung in ¾ Stunde. Das ist für die kurze Zeit des Vortrages allerdings etwas viel, aber die Ausführungen des Redners sind nicht uninteressant, weil er sich darauf beschränkt, nur die wichtigsten Grundpfeiler des Staatssystems, auf dem das gegenwärtige Deutsche Reich aufgebaut ist, anzudeuten. Er erklärte denn auch, wie aus dem deutschen Königreiche, von Arnulf (887) an gerechnet, mit dem System der Lehnsmänner (erst der gewählten oder ernannten, dann erblichen) sich dann die Macht der Kurfürsten entwickelte, sich Einzelstaaten in einem großen Staatsverbande mit dem deutschen Kaiser an der Spitze bildeten, wie der Reichstag, bestehend aus den Kurfürsten, den Großen des Landes und den Vertretern der Städte, von einer beratenden mit zu einer beschließenden Macht wurde, und wie dieser Einheitsstaat im Jahre 1806 endigte, als Kaiser Franz II. die deutsche Kaiserwürde niederlegte, wie sich dann der deutsche Bund als bloßes Vertragsverhältnis zwischen den zahllosen Einzelstaaten bis 1848 bildete und wie der norddeutsche Bund dann Preußens Oberherrschaft über die norddeutschen Staaten als Bundesstaaten brachte, wie sich endlich (1871) durch den Beitritt der süddeutschen Staaten das Deutsche Reich in seiner heutigen Gestalt bildete. Da der Vortragende sich streng an historische Tatsachen hält, persönliche Kritik an den jeweiligen Zuständen vermeidet, kann man von den Vorträgen mancherlei profitieren und findet zur Diskussion in der Presse keinen Anlaß. Bei Kundgabe irgend welcher Meinung kann man leicht da oder dort anecken, und das vermeidet ein kluger Universitätslehrer, der doch auch gerne mal einen ständigen, vom preußischen Staate konzessionierten Lehrstuhl haben möchte. Wir können es ihm nicht verargen.

* **Gestorben** sind im Laufe der vergangenen Woche in Halle-Süd 44 Personen, darunter 10 Ortsfremde, und zwar an: Lungenschwindsucht 8, Gallensteinerkrankung 1, Prostate hypertrophie 1, Gehirnschlag 1, Keuchhusten 2, Lungenerweiterung 1, Herzfehler 3, Lungenkarkom 1, Selbstmord 1, Lebensschwäche 4, Bronchialkatarrh 2, Lebercirrhose 1, Carcinom der Wange 1, Scharlach 1, Altersschwäche 1, Bauchfellentzündung 1, Blinddarmentzündung 1, Lungenentzündung 1, Nierensteinleiden 1, Diphtherie 1, Wundstarrkrampf 1, Herzmuskelentartung 1, Mittelohrerweiterung 2, Krupp 1. Dazu Totgeburten 5.

Zu derselben Zeit verstarben in Halle-Nord 16 Personen, darunter ein Ortsfremder, und zwar an: Lungenentzündung 5, angeborener Lebensschwäche 2, Lungenkatarrh bei Influenza 1, Altersschwäche 1, Dickdarmkrebs 1, Herzschwäche 1, Zellgewebsentzündung am Halse 1, Krämpfen (Rachitis) 1, Herzfehler 1, infolge Selbstmord durch Erhängen 1, infolge Selbstmord durch Erschießen 1.

* **Aus dem Bureau des Stadt-Theaters.** Der Spielplan für die nächsten Tage erfährt insofern eine Aenderung, als die Oper Die Jüdin bereits morgen, Mittwoch, in Szene geht. Die Premiere des Dramas Peleas und Melisande kann wegen der damit verbundenen technischen Schwierigkeiten erst am Sonnabend stattfinden. Carl William Büller, welcher zurzeit täglicher Gast am Leipziger Schauspielhaus ist und dort volle Häuser erzielt, hat sich für Donnerstag abend frei gemacht um hier noch einmal als Babberley in dem Schwank Charleys Tante zu gastieren. Für das Gastspiel gelten die gewöhnlichen Opernpreise. Zu Tittels neuer Oper Cesare Borgia haben die Bühnenproben begonnen. Die Uraufführung findet am 6. Febr. zum Benefiz für Herrn Kapellmeister Tittel statt. Der Oper voran geht Mozarts Entführung aus dem Serail. — Billettbestellungen von heute ab an der Theaterkasse. Daselbst sind auch Texte zu Cesare Borgia käuflich.

* **Aus dem Bureau des Apollo-Theaters.** Dienstag und Mittwoch finden die letzten Vorstellungen des Januar-Programms statt. In denselben verabschieden sich die sämtlichen Kräfte. Ab Donnerstag, den 1. Februar, beginnt ein nur kurzes Gastspiel des bekannten Berliner Apollo-Ensembles. Als erste Gabe bringen die Berliner Gäste Paul Linckes Ausstattungs-Operette Im Reiche des Indra. Wir verweisen des näheren auf das morgige Inserat.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219060131-10/fragment/page=0006

• **Aus Schwermut** versuchte sich am Sonntag morgen ein in der Schillerstraße wohnender Kesselschmied mit einem Taschenmesser zwei Stichwunden am Halse, sowie je eine Schnittwunde an den Handgelenken beizubringen. Der Verletzte wurde im Krankenwagen nach der Klinik gebracht. Er ist nervenleidend.

• **Zwei Schadenfeuer** werden nachträglich vom Sonntag bekannt. Vormittags wurde die Feuerwehr nach Neunhäuser 1 gerufen, wo in einem Lagerkeller ein Spirituslackfaß zum Teil ausgelaufen war. Die entstandenen Gase entzündeten sich, als der Hausdiener den Raum mit einer brennenden Lampe betrat. Beim Eintreffen der Feuerwehr war die Gefahr schon vorüber. — Abends 9 Uhr brach Feuer in dem im Kellergeschoß gelegenen Laden des Grundstücks Friesenstraße 2 aus. Die Ursache konnte noch nicht ermittelt werden. Die Wehr kehrte nach einer halben Stunde wieder in das Depot zurück.

• **Eine Schlägerei**, bei der zwei Verhaftungen vorgenommen wurden, entstand gestern gegen Abend auf dem Marktplatze. Der Vorfall hatte eine große Menschenansammlung zur Folge.

• **Welt-Panorama**, Große Ulrichstraße 6, I. Etage. In dieser Woche wird Dalmatien und die Herzegowina gezeigt; so die herrlichen Orte Zara mit Kerka-Fall, Sebenico und die Marina, Trau mit Loggia und die christliche Basilika, Clissa, Spalato, Macarsca, Lesina, Lissa mit dem Denkmal der Gefallenen von 1866, Gravosa und eine herrliche Küstenpartie bei Bella Vista. Ferner Ragusa mit dem Pille-Tor, dem Rektoren-Palast, der Dominikaner-Kirche und dem großen Hafen. Risano, Perasto, Perzagno, Dobrota und Cattaro sind prächtig gelegene Ortschaften. Von der Herzegowina wird vorgeführt: Narenta-Defilte, Grabovica und Mostar mit Brücke, Carssija und Narenta-Partie, sowie Pocitelj und die Buna-Quelle. Auch diese herrliche und hochinteressante Serie ist recht warm zu empfehlen. Nächste Woche die Schweiz.

Aus den Nachbarkreisen.

Aus dem Zeitz-Weißenfelser Braunkohlenrevier.

Durch Niedergehen eines Bruches wurden, wie wir gestern schon meldeten, auf Grube Kamerad bei Naundorf, die zur christlichen Grube Naumburg gehört, am vergangenen Sonnabend die Bergarbeiter Max Eichhorn aus Jaucha und Moritz Grimm aus Naundorf verschüttet. Ob der Unfall auf die natürlichen Gefahren des Bergbaues allein zurückzuführen ist, oder ob noch andere Faktoren in Betracht kommen, wird vielleicht die Untersuchung ergeben. Die Arbeiter der Grube sind letzterer Ansicht um so mehr, weil die Unfälle in letzter Zeit im mitteldeutschen Braunkohlengebiete unheimlich an Zahl anschwellen, prozentual viel mehr, als in den von Natur aus gefährlicheren Steinkohlenbergbau. Es ist daher begreiflich, daß die Bergarbeiter zum Schutze ihres Lebens und ihrer Gesundheit an der Kontrolle der Gruben durch Arbeiterkontrolleure, welche vom Staate besoldet werden, teilnehmen wollen. Aber der Staat sowohl als die Unternehmer bekämpfen diese berechtigte Forderung mit der Begründung, es würde dadurch parteipolitische Propaganda in das Gebiet der Grubenkontrolle getragen.

Wenn dieses auch nicht zu befürchten ist, so genüg diese Annahme aber, um die Arbeiter von der Grubenkontrolle auszuschließen, wenn dadurch auch hunderte, ja tausende Bergarbeiter jährlich mehr auf dem Schlachtfelde der Arbeit verbluten.

Was schadets, Menschenmaterial ist in genügender Weise zum Ersatz vorhanden, denken die Unternehmer: Weil dieses aber so ist, darum müssen die Bergarbeiter immer wieder fordern: Her mit praktischen Bergarbeitern als Grubenkontrolleure, zum Schutze des Lebens und der Gesundheit der Bergarbeiter.

*

Zum Bericht von der Revierkonferenz in Luckenau wird von Arbeitern der Grube Naumburg mitgeteilt, daß die von der dortigen Ausschußwahl gegebene Darstellung im wesentlichen unrichtig sei. So erklärt ein organisierter Arbeiter, daß alles ordnungsgemäß zugegangen, daß während der Wahlzeit auch nicht ein Glas Bier konsumiert ist. Ferner hätten von der 318 Mann zählenden Belegschaft nicht 10 sondern 208 ihr Wahlrecht ausgeübt, und der Direktor Mann sei am genannten Tage überhaupt nicht auf der Grube gewesen, so daß er schon aus diesem Grunde hätte keine Erneunung der Ausschuß-Mitglieder vornehmen können. — Zu dieser Richtigstellung überlassen wir nunmehr dem Berichterstatter an die Konferenz das Wort.

Zeitz, 30. Januar. Zur Lokalfrage. In den letzten Tagen sind uns wieder Aeußerungen von Leuten mitgeteilt worden, die dahin lauteten, daß nicht der Wirt zum Preußischen Hofe der Arbeiterschaft den Saal entzogen habe, sondern daß die Arbeiterschaft selbst dieses durch ihr Verhalten herbeigeführt habe. Der Wirt selbst soll sich so ausgelassen haben. Wir haben darauf zu erwidern, daß das nicht wahr ist und daß die Darstellung, die wir seinerzeit gaben, durchaus richtig war. Wir haben ja auch damals nachgewiesen, wie oft die Arbeiterschaft im Preußischen Hofe Veranstaltungen gemacht, die von Jahr zu Jahr zugenommen hatten. Daß der Wirt sich selbst die Schuld nicht beimessen will, ist ja ganz klar, er will eben die Arbeiter, die trotz seines Verhaltens immer noch in großer Anzahl im Preußischen Hofe verkehren, nicht einbüßen. Wie es aber sonst mit den Worten des Herrn Schulz steht, dafür das folgende: Am 19. August vor. Js. schrieb Herr Schulz in einem Briefe an unsern Vertrauensmann u. a.: — **der Brief ist damals im Flugblatte veröffentlicht worden und liegt auch heute noch vor** — „Um nach keiner Seite hin mehr anzustoßen und als Geschäftsmann frei dazustehen, habe ich die Erklärung abgegeben und wiederhole dieselbe hiermit: Keiner politischen Partei steht mein Saal fernerhin zu Versammlungen zur Verfügung. **Ich werde mein Wort halten** und jeder rechtlich Denkende wird meinen Entschluß zu würdigen wissen."

Das schrieb Herr Schulze im August vorigen Jahres, und im Januar dieses Jahres? — Am 6. Januar gab Herr Schulze den Preußischen Hof her für eine Versammlung des Patriotischen Vereins und ließ den **Landtagsabgeordneten Winkler** über die „politische Lage" sprechen. Das geschah also, trotzdem Herr Schulze schrieb: „Keiner politischen Partei 2c." und „Ich werde mein Wort halten." Hieraus kann jedermann zur Genüge lernen. Den Herren vom Patriotischen Verein verweigert Herr Schulze den Saal nicht, wohl aber den Arbeitern aus dem Sozialdemokratischen Verein und denen aus den Gewerkschaften. Wenn nun hiernach noch organisierte Arbeiter nicht wissen, was sie zu tun und zu lassen haben, dann sind sie nicht wert, den Arbeiterorganisationen anzugehören.

— **Konzert.** Am Freitag, den 2. Februar, veranstaltet die Stadtkapelle in der **Wilhelmshöhe** ein größeres Konzert, bei dem als Solist Herr Konzertmeister Clasen mitwirkt. Zur Aufführung gelangen bedeutende Kompositionen. Wir machen unsere musikliebenden Genossen hierauf aufmerksam und empfehlen ihnen den Besuch des Konzerts. Für Zaunlustige findet nach dem Konzert ein Ball statt. Billetts zu ermäßigten Preisen sind auch beim Genossen Leopoldt erhältlich.

Naumburg, 30. Januar. (Eig. Ber.) Strafmandate! Wo alles liebt, kann Karl allein nicht hassen; wo alles Strafmandate erhält, darf auch unser Bezirk nicht zurückstehen. Ein Genosse, der in Schönburg Flugblätter getragen hat, erhielt ein Mandat in folgendem „deutschen" Amtsstil: „Sie haben am Sonntag den 14. Januar kurz vor dem Hauptgottesdienst Flugblätter in dem Rothe'schen Gebäude hierselbst ausgetragen, trotzdem es der Unterzeichnete untersagt hatte, dem Holzpantoffelmacher S. in Naumburg" usw. Ja, ja! So sind die versklarten Roten. Dem einen untersagt der Amtsvorsteher das Verbreiten, der andre tut's doch, hängen sollte man die Kerle. Da das aber nun leider nicht geht, soll wenigstens der rote Schriftenverbreiter 3 Mark zahlen. Von Rechts wegen!

— Eingeständnis. Der wegen des Kleinsiener Verbrechens verhaftete frühere Knecht Otto Vogel legt jetzt allmählich ein Geständnis ab. So hat er gebeichtet, zur Tür des Hschen Besitztums einen nachgemachten Schlüssel benutzt und ihn dann in einen Graben ganz in der Nähe geworfen zu haben. Hier ist er denn auch jetzt bei der örtlichen Nachsuchung gefunden worden.

— Die gesicherte Existenz des Arbeiters. Lakonisch meldet das Kreisblatt: Im Garten des Grundstücks Georgenberg 4, im Rehphäuschen, wurde Sonntag ein älterer erdachloser Mann, Namens Hilb, vom Gärtner tot aufgefunden. Der Tod soll bereits seit einigen Tagen eingetreten sein, vielleicht ist der Aufgefundene in der Mittwochnacht erfroren!

Köthen, 29. Jan. Durch die Revolution in Rußland waren die Angehörigen einer großen Zahl der am hiesigen Polytechnikum studierenden russischen Juden derart heimgesucht, daß sie ihren Söhnen die zur Fortsetzung der Studien erforderlichen Mittel nicht mehr gewähren konnten. Um es den in den letzten Semestern stehenden, besonders bedürftigen jungen Leuten zu ermöglichen, ihre Studien zum Abschluß zu bringen, haben der Hilfsverein für die russischen Juden in Berlin und die jüdische Kultusgemeinde je 1500 Mk. für diesen Zweck gestiftet.

Delitzsch, 30. Januar. Bum—bum—bum und wer weiß wie viele Male, so tönte es wie Kanonendonner am 27. Januar mittags nach 1 Uhr über unser ruhiges Städtchen. Die Nachforschungen ergab, daß die Böllerschüsse von der hiesigen Schützengilde abgefeuert wurden. So etwas ist an jenem Tage noch gar nicht dagewesen, eine Tatsache, die zu weiteren Nachforschungen ansporte. Und da erfuhr man, daß das Pulver und die bereitgehaltenen Böller schon am 21. Januar in der Schießhalle der Schützengilde fertig zum Ausrücken gestanden haben. Doch da am 21. Januar die Revolution bekanntlich abbestellt wurde, hat man am 27. Januar zum Spaß Löcher in die Luft geschossen. Wie wir weiter erfahren haben, hat am 21. Januar Major Eichler selbst das Kommando über die Schützenartillerie nehmen wollen. Nun, das Feldherrntalent hat er dazu, das hat er durch seinen Regimentsbefehl bewiesen, der er bei der letzten Stadtverordnetenwahl los ließ, damit die Schützenbrüder alle den Schützenleutnant Beyer wählen sollten. Es stimmt schon wie der Dichter sagt: Es bildet ein Talent sich in der Stille.

— Die Ideale des Kriegervereinswesens." Während am 21. Januar im Lindenhof die Parteigenossen ihre Protestversammlung gegen preußisches Wahlunrecht abhielten, waren auch die Mitglieder des hiesigen Landwehrvereins zum Generalapell angetreten. Der Vorsitzende, Lehrer Wanke, hielt, nach dem Bericht der Delitzscher Ztg., eine Ansprache, indem er die Anwesenden aufforderte, „in diesen trüben und ernsten Zeiten die Ideale des Kriegervereinswesens hochzuhalten." Eine Schilderung der trüben und ernsten Zeiten scheint er seinen Zuhörern nicht gegeben haben, denn hätte er das tun wollen, und hätte er dabei der Wahrheit die Ehre gegeben, dann hätte er eine Schilderung vorführen müssen, aus der die Anwesenden ersehen hätten, daß die Zeiten wirklich trübe sind. Aber nicht durch den Kampf der Sozialdemokratie gegen preußisches Pfaffen- und Junkertum, sondern durch die Verteuerung aller Lebensmittel sowie durch das Gespenst der Arbeitslosigkeit, hervorgerufen durch die Zoll- und Steuerpolitik der Konservativen Parteien, deren Vertrauensmann Herr Wanke selbst ist. Doch eine Schilderung dieser Tatsachen würde auch nicht mit den Kriegeridealen in Einklang zu bringen sein, die bekanntlich die Mitglieder des betr. Vereins verpflichten, mit den reaktionären Parteien durch dick und dünn zu gehen, wenn sie auch zum Wohle des Vaterlandes dabei hungern müssen. Darum sind diejenigen Arbeiter, die keute noch solchen Vereinen beitreten, über ihre kindliche Unwissenheit in politischen Dingen wahrlich zu bedauern.

Gröben, 30. Januar. Zärtlichkeiten. Der Auszügler Ernst Prötzsch, welcher hierselbst bei seiner Schwester wohnt, wurde am 21. Januar in seiner Wohnung überfallen und schwer mißhandelt. Der Täter ist nicht erkannt worden, er konnte es sich aber nicht verkagen, vor seinem Abgange das Mobiliar nebst Ofen umzuwerfen. Es war am vorerwähnten Tage früh gegen 4 Uhr, als Prötzsch um Hilfe rief. Der daneben wohnende Nachbar ist darüber erwacht und hat sich in die betreffende Wohnung begeben. Mittlerweie war der Ueberfallene, nur mit dem Hemd bekleidet, durch das Fenster gesprungen und hat schwere Verletzungen davongetragen. Noch am selbigen Tage hat der Hausnachbar den Prötzsch in seine Wohnung aufgenommen, um ihm seine Wunden verbinden zu können. Wer dem Auszügler so freundlich gesinnt ist, wird hoffentlich die einzuleitende Untersuchung ergeben.

Laucha a. U., 30. Jan. Einen Schädelbruch erlitt in der Mittwochnacht der Polizeisergeant Wilhelm Weidig dadurch, daß er auf dem Nachhausewege hinstürzte.

Torgau, 30. Januar. Von der Anklage der Wehrpflicht-Verletzung ist am 13. Juni vor. Js. vom hiesigen Landgerichte der Knecht Otto Fehlberg freigesprochen worden. Das Gericht hat angenommen, daß er die Reichsangehörigkeit verloren hat, da er vor mehr als 10 Jahren als Minderjähriger mit seinem Vater nach Amerika ausgewandert ist. — Auf die Revision des Staatsanwalts hob das Reichsgericht das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück. Dieses hat nun die Möglichkeit angenommen, daß der Angeklagte die Reichsangehörigkeit verloren hat. Es mußte aber geprüft werden, ob nicht der Vater des Angeklagten durch Eintragung in die Matrikel des deutschen Konsuls seine Reichszugehörigkeit bewahrt hat.

Wörlitz (Anhalt), 29. Jan. Tod in der Düngergrube. Der Gastwirt Friedrich Pannicke, der sich bei der Kaiser-Geburtstagsfeier im Gasthofe zum grünen Baum befand, wurde plötzlich vermißt. Man suchte und fand ihn tot in der Düngergrube. Man nimmt an, daß er im angeheiterten Zustande in die Grube gefallen ist.

Stadtverordneten-Sitzung

vom 29. Januar 1906, nachmittags 4 Uhr.

Vorsteher: Prof. Dittenberger.

Eingänge: Die Petition eines alten, entlassenen Promenadenwächters, der um seine Weiterbeschäftigung im städtischen Dienst bittet, wurde der Petitionskommission überwiesen. — Die Petition der städtischen Arbeiter wegen Lohnerhöhung wird auf 8 Tage zurückgelegt, da der Magistrat erst noch Erhebungen anstellen will. Auch die Petitionen der Rektoren und Lehrer wegen Gehaltserhöhungen werden zurückgelegt. — Wegen der Petition auf Beseitigung der Friedrichschen Barrikaden hinter Preßlers Berg will der Magistrat demnächst eine Vorlage machen; dagegen sieht er sich nicht in der Lage, einer weiteren Petition Folge zu geben, welche das Eingreifen der Stadt zwecks Durchbruchs der Beyschlagstraße durch das Lauesche Grundstück verlangt. Letztere Petition wird der Petitionskommission überwiesen. — Das Protokoll der letzten Sitzung wird genehmigt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erbeilt Stadtv. Thiele das Wort zu einer Anfrage. Er führte aus: Vor kurzem fand vor dem hiesigen Landgericht eine Verhandlung statt, in welcher auch meine im vorigen Sommer hier gehaltene Rede über die Polizeiskandale zur Sprache kam. Ober-Polizei-Inspektor Weydemann war als Zeuge geladen und sagte unter Eid aus, während meiner Rede sei es von Mund zu Mund gegangen: „Um Gottes Willen, nur keine Entgegnung; die Sache muß glatt abfallen." Oberbürgermeister und der Stadtverordneten-Vorsteher Professor Dittenberger hätten ihm zu verstehen gegeben, er solle nicht reden. — Wenn diese Behauptung wahr wäre, hätte sich der Vorsteher eine einseitige Beeinflussung der Debatte schuldig gemacht; und da Herr Weydemann unter Eid und in öffentlicher Gerichtssitzung die Darlegung gegeben hat, seine Behauptungen auch vollständig dem widersprechen, was andere und ich während jener damaligen Rede wahrgenommen haben, bitte ich den Vorsteher, Stellung zur Bekundung Weydemanns zu nehmen.

Vorsteher Prof. Dittenberger: Ich habe darauf zu erklären, daß ich mich erstens des Vorgangs nicht mehr genau entsinnen kann, da er zweitens zurückliegt, daß ich mich aber zweitens absolut nicht erinnere, Herrn Weydemann irgend etwas zu verstehen gegeben zu haben, und daß ich mir drittens gar nicht denken kann, welchen Anlaß ich gehabt haben sollte, das zu tun, was man da vermutet hat. Die sollte ich dazu gekommen sein, mich in solche Interna zwischen Herrn Weydemann und Magistrat zu mischen?

Stadtv. Thiele: Die Antwort befriedigt insofern nicht vollständig, als sie mehr negativ gehalten ist. Da jedoch der Vorsteher ausdrücklich mit erklärt hat, er könne sich nicht denken, welchen Anlaß er gehabt haben sollte, Herrn Weydemann etwas zu verstehen zu geben, und da auch nach den Wahrnehmungen mehrerer Kollegen der Vorsteher nichts getan hat, was die Aussage des Herrn Weydemann unterstützt, muß angenommen werden, daß er das Opfer einer allerdings nur sehr schwer begreiflichen optischen Täuschung geworden ist (Heiterkeit).

Ueber den Erwerb der Burgruine Giebichenstein und des Amtsgartens referierte namens der Finanzkommission Stadtv. Grote. Redner empfiehlt den Erwerb, über den bereits berichtet worden ist. Für die Grundstücke sollen 155 000 M. gezahlt werden, während Herr v. Bagenski das Domänengehöft für 110 000 M. kaufen soll.

Vor zwei Jahren ist der Stadt das ganze Grundstück für 171 000 Mk. angeboten worden und die Stadtverordneten haben damals mit 37 gegen 20 Stimmen dem Ankauf zugestimmt. Was dann hinterher noch alles geschehen sei, könne in einer öffentlichen Sitzung nicht vollständig mitgeteilt werden, namentlich nicht, durch welche Einflüsse auf einmal Herr v. Bagenski als Konkurrent der Stadt aufgetreten sei. Hervorgehoben müsse aber werden, daß Geheimrat Lutsch vor zwei Jahren ausdrücklich erklärt hat, unter keinen Umständen werde die Regierung die Erhaltung der historischen Gebäude im Domänengehöfte einem Privatmanne überlassen. Jetzt ist das trotzdem geschehen. Man sieht daraus, welchen Wert das Wort eines Geheimrats hat, wenn andere Einflüsse dazwischen treten. Nicht die Durchlegung des Kanals durch das Grundstück ist für die Kommission ausschlaggebend gewesen, auch nicht die Parkanlage an sich, da wir im Norden der Stadt schon genug schöne Anlagen besitzen, sondern wir haben uns gesagt, daß die Stadt sich nicht die Gelegenheit entgehen lassen darf, ein solches Areal zu erwerben, zumal zu befürchten steht, daß aus dem Gesamtbesitz, den Bagenski sofort erwirbt, wenn wir nicht zugreifen, ein Fideibesitz gebildet wird, der dann für alle Zeiten unangreifbar wäre. Das von uns zu kaufende Areal soll 150 000 Mk. kosten; aber außerdem läßt sich die Regierung auch noch die Bäume bezahlen, die darauf stehen (Heiterkeit). Unser Garteninspektor Kriehle hatte sie auf 16 000 Mk. abgeschätzt, ein anderer auf 3800 Mk.; die Regierung hat durch Forstleute den Wert von 5000 Mk. ermitteln lassen, und diese Summe sollen wir nun zahlen. Namens der Finanzkommission bitte ich Sie um Annahme der Vorlage.

Stadtv. Thiele: Der Referent hätte immerhin etwas deutlicher zum Ausdruck bringen können, daß die Konkurrenz des Herrn v. Bagenski auf ein Eingreifen des Monarchen zurückzuführen ist. Wenn wir für die Vorlage stimmen, so geschieht es nur in der Voraussetzung, daß Bagenski an dem ihm verbleibenden Gehöft wenig Freude hat und es der Stadt in absehbarer Zeit möglich werden wird auch diesen Teil des Besitzes zu erwerben. Das dürfte dann allerdings nur unter der Bedingung geschehen, daß die sogenannten „historischen Gebäude", die durchaus keinen besondern architektonischen oder historischen Wert haben, niedergelegt werden können, damit die Passage nach der Kröllwitzer Brücke frei wird.

Vorsteher Dittenberger: Vor hundert Jahren hat man wirklich wertvolle Denkmäler alter Zeiten niedergerissen; zu Anfang des 20. Jahrhunderts dagegen ist man bestrebt, jedes kleine, altertümliche Bauwerk zu erhalten.

Stadtv. Diegel tritt für den Erwerb ein mit dem Hinweise, es sei erstrebenswert den Grund und Boden der Stadt zu vermehren. Daß „die herrliche Ruine" der Allgemeinheit erhalten werde, erscheine wünschenswert. — Das Kollegium stimmte der Vorlage mit großer Majorität zu. Dagegen stimmten u. a. die Stadtv. Schmidt, Kobert, Döhler und Riediger.

Die Verteilung der Zinsen des Eduard Beyerschen Legats für 1905 wird beschlossen.

Den Bericht betr. die Erbauung einer Lymphanstalt auf dem hiesigen Schlachthofe erstattet Stadtv. Heiser. Stadtv. Thiele erklärt, daß er als strenger Impfgegner gegen die Vorlage stimmen werde. Die Impferei sei zwar schon über hundert Jahre alt, aber immer noch eine „moderne Krankheit."

Zur Bekämpfung der Schwindsucht in der Stadt Halle verlangt der Magistrat für den hier bestehenden Verein eine Beihilfe von 5000 Mark, statt bisher 3000 Mark. Die Finanzkommission, Referent Stadtv. Hofmeister, hat nur den früheren Betrag bewilligt.

Stadtv. Osterburg läßt es ganz dahingestellt, ob der hier eingeschlagene Weg, der fürchtbaren Krankheit entgegen zu wirken, der richtige ist. Er und seine Freunde würden für den Magistratsantrag stimmen; sie möchten damit aber nicht in eine Reihe mit den sozialen Quacksalbern gestellt werden. Einer Krankheit, wie der Schwindsucht, muß mit andern Mitteln entgegengearbeitet werden. Da mag man zunächst die Arbeitszeit verkürzen, auf Zahlung anständiger Löhne hinwirken usw. Leider muß aber gesagt werden, daß unter den Herren, die Mitglieder des Vereins zur Bekämpfung der Schwindsucht sind, sich Leute befinden, die ihre Arbeiter tüchtig ausbeuten und schlechte Löhne zahlen. Hier ist der Hebel anzusetzen und in sozialpolitischer Beziehung mehr zu tun. Die bürgerlichen Sozialpolitiker greifen bei der Krankheit erst dann ein, wenn durch soziale Mißstände die Krankheit erzeugt worden ist. Dem Würgengel Schwindsucht muß im Anfangsstadium und vorbeugend gegenüber getreten werden.

Stadtv. Nekus lobt das Schaffen des verstorbenen Stadtv. Kohlschütter auf dem Gebiete der Schwindsuchtsbekämpfung. Man habe dem Verstorbenen zu Unrecht nachgeredet, er habe einmal gesagt, wer von der Schwindsucht befallen ist, sei verloren. Diese Aeußerung könne der Entschlafene nicht getan haben, denn sie stände mit seinem ganzen Tun und Schaffen und mit den wissenschaftlichen Ergebnissen im Widerspruch. Die Krankheit ist im Anfangsstadium jedenfalls und im fortgeschrittenen Stadium unter Umständen ebenfalls zu heilen. Das Kollegium möge die 5000 M. bewilligen.

Stadtv. Kühne tritt ebenfalls für den Betrag von 5000 M. mit dem Hinweise ein, was man hier zahle, komme der Armenverwaltung zu gute. — Stadtv. Prof. Blume erklärt, er habe auch die Ehre, den sog. sozialen Quacksalbern anzugehören. Wenn auch mit Rücksicht auf die Gefährlichkeit der Krankheit der Betrag von 5000 M. ein Tropfen auf einen heißen Stein

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219060131-10/fragment/page=0007

sei, so möge doch das Kollegium die Ehrenpflicht erfüllen und 5000 M. bewilligen. Die Stadt könne sich damit ein Denkmal errichten. — Das Kollegium bewilligt mit großer Majorität die geforderten 5000 M.

Zur Errichtung gärtnerischer Anlagen auf dem Platze zwischen Thielen-, Prinzen- und Kirchnerstraße sollen 2200 M. bewilligt werden. Die Vorlage wird der Bau-Kommission überwiesen, die sie voraussichtlich ablehnen wird. Stadtv. Thiele bringt dabei zur Sprache, daß der an jenem Platze säßige Hausbesitzer Müller wiederholt Strafmandate erhalten hat wegen unterlassener Straßenreinigung. Da aber der betreffende Straßenteil gar nicht ihm gehört sondern der Stadt, ist er immer vom Gericht freigesprochen worden, zuletzt im Juni vorigen Jahres vom hiesigen Landgericht auf Grund eines Kammergerichtsurteils. Trotzdem hat er dann immer wieder Strafmandate erhalten. Er ist dann persönlich zum Polizei-Oberinspektor Wendemann gegangen und hat sich beschwert. Da hat ihm, wie er sagt, Herr Wendeman erklärt, das neue Strafmandat habe er selbst verfugt, er wolle an Müller ein Exempel statuieren, daß er doch kehren müsse. Dem Magistrat hat dann Herr Müller einen Bescheid erhalten, daß es sich lediglich um eine polizeiliche Maßnahme handele, in die der Magistrat nicht eingreifen könne. Das ist doch, da wir eine städtische Polizei haben, ein durchaus unhaltbarer Zustand. — Der Vorsteher unterbrach hier die weiteren Ausführungen, da doch diese Sache mit den geforderten gärtnerischen Anlagen nichts zu tun habe. Da sich Herr Müller beschwerdeführend an das Kollegium gewandt hat und seine Angelegenheit die Petitionskommission beschäftigen wird, wurde auf ein weiteres Eingehen vorläufig verzichtet.

Eine anderweite Organisation der Verwaltung des Asyls für Obdachlose wurde nach einem Referat des Stadtv. Kobert gegen 17 Stimmen angenommen. Stadtv. Döhler bezeichnete in der Debatte die Vorlage als „Produkt" des Herrn Kobert, was dieser mit großer Heftigkeit zurückwies

Für Dienstreisen sind 7450 M. in den Etat eingesetzt. Die Summe ist verbraucht und bereits um 500 M überschritten. Der Magistrat fordert 2000 M., die Kommission will nur 1200 Mark bewilligen. Von sozialdemokratischer Seite wird beantragt, die Bewilligung auszusetzen, bis die Kommission für Revision der Gebühren-Ordnung über Dienstreisen getagt habe. Unter Ablehnung dieses Antrages werden 1200 M. bewilligt. 450 M. des Betrages entfallen auf Delegationen zum preußischen und zum provinzialen Städtetage.

Die Irren-Anstalt Nietleben soll Anschluß an das städtische Elektrizitätswerk erhalten. Die Kosten betragen 20000 Mark; der Vertrag soll auf fünf Jahre abgeschlossen werden. Nietleben verpflichtet sich zur Abnahme von jährlich mindestens 30000 Kilowatt.. (Ref.: Stadtv. Grote.) — Stadtv. Knabe bezweifelt, daß die Stadt dabei einen Vorteil hat. — Der Vertrag müßte auf mindestens zehn Jahre laufen. — Stadtrat Pfeffer: Wir sind überzeugt, daß die Anstalt nach Ablauf des Vertrages unser Kunde bleibt und daß sie jährlich etwa 50000 Kilowatt brauchen wird. Dafür nehmen wir 12000 M. ein. Rechnen wir von dieser Summe 2000 M. auf Verzinsung und Amortisierung der Anlage, so bleiben 10000 M. Da uns die Kilowattstunde etwa 9 Pf. kostet, bleibt immer noch ein nennensmerter Ueberschuß. Zudem wird die zu legende Leitung nicht nur für Nietleben sondern auch für andere Anschlüsse im Nordwesten der Stadt zu benutzen sein. — Diesen Ausführungen traten Stadtv. Grote und Bürgermeister v. Holly bei. — Die Vorlage wurde dann mit Mehrheit angenommen.

Unter Vertagung der weiteren auf der Tagesordnung stehenden Punkte erteilte nun der Vorsitzende das Wort dem Stadtv. Thiele zur Begründung der Interpellation über

das Verhalten der Polizei am 21. Januar.

Sie lautete:

Ist dem Magistrat bekannt, welche Unterbindung des freien Straßenverkehrs durch die polizeilichen Maßnahmen am gestrigen Sonntage bewirkt worden ist und daß das Verhalten der Polizei geeignet war, einen gewaltsamen Zusammenstoß herbeizuführen? Gedenkt der Magistrat, Vorkehrungen zu treffen, daß derartige Gefährdungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung durch die Polizei in Zukunft unmöglich gemacht werden?

Halle, 22. Januar 1906.

Ad. Thiele. G. Gerig. Ernst Beige. W. Osterburg.
Fr. Emmer.

Stadtv. Thiele führte in halbstündiger Rede aus: Zum dritten Male muß ich mich heute mit dem Leiter unserer Exekutivpolizei, Herrn Wendemann, beschäftigen. Ich tue das nicht gern; aber die Verhältnisse zwingen dazu. Sie wissen, daß unsere Partei vorigen Sonntag eine allgemeine Demonstration für Beseitigung des jetzigen preußischen Landtags-Wahlrechts unternomen hat. Sie wissen auch, daß diese Demonstrationen in Versammlungen zum Ausdruck kamen. Die Versammlungen waren sämtlich überfüllt und verliefen in musterhafter Ordnung, wie ja der Polizei seit Jahren bekannt sein muß, daß die Hallescheen sozialdemokratischen Arbeiter vorzüglichste Disziplin zu halten verstehen. Nachdem nun mittags die Riesenversammlung im Bellevue zu Ende gewesen ist, zogen die Tausende von Besuchern ruhig heim. Der starke Zug wurde plötzlich am Franckeplatz von einer starken Kette von Polizisten aufgehalten und ihm der naturgemäße Weg nach dem Innern der Stadt durch die Mannschaftstraße versperrt. Mit überlegenem Gleichmut nahmen die Arbeiter den Weg durch die Barfüßer der Saalezeitung und die Märkerstraße. Kaum merkte man das, als aus dem Nathanie ein weiterer starker Schwarm von Polizisten hervorbrach und nun auch die Märkerstraße und die Leipzigerstraße sperrte. Das war so unbegründet und wirkte so provokatorisch, daß nur die überlegene Ruhe der Arbeiter einen Zusammenstoß verhindert hat. Nachmittags sind auf dem Markte die zwei Dampfspritzen unter acht statt sechs Atmosphären Druck gehalten worden. In kurzer Entfernung hätte ein Wasserstrahl von dieser Vehemenz nicht nur Kinder sondern Erwachsene töten können. Und wer war auf dem Markte? Kinder und Neugierige! Unter den Sistierten, deren Zahl mehr als dreißig betragen soll, befindet sich nicht ein einziger Parteigenosse. Den Kindern hat das nervöse Vorgehen der Polizei riesigen Spaß gemacht; stundenlang hat sich die Jugend auf dem Markte über das Verhalten der Polizei amüsiert, und das sinnlose Hineinsprengen berittener Schutzleute in die schnell ausweichenden Kindermengen hat neben ungezügelter Heiterkeit auch viel Erbitterung erzeugt. Redner verließ den Brief eines Augenzeugen über das Verhalten der Polizisten Nr. 20 und 48 bei Inhaftnahme eines kranken Mannes, der eben aus der Hirsch-Apotheke gekommen war.

In anderen Städten hat die Polizei die Aufrechterhaltung der Ordnung unserer Partei selbst überlassen und alles ist glatt abgelaufen. Hier waren die Maßnahmen der Polizei, die mit ihren herabgelassenen Schuppenketten fürchterlich kriegsluftig aussah (Heiterkeit), nicht nur überflüssig, sondern sie wirkten provokatorisch, gefährdeten die Sicherheit und unterbanden den Verkehr. Unter die aus Belleuve Heimkehrenden hatten sich auch fünf, sechs Personen im Arbeitsanzug gemischt, die niemand kannte. Sie zogen unterwegs Schnapsbullen heraus und hänselten die Polizei. Woher diese Unbekannten gekommen sein mögen? Darüber sind Gedanken zollfrei! (Zuruf: Bezahlte Achtgroschenjungen!) Durch solche Elemente lassen sich aber die Halleschen Arbeiter nicht aus der Ruhe bringen. Wollten die Arbeiter „Revolution" machen, dann würden sie es nicht vier Wochen vorher ansagen; das können Sie uns schon glauben. — Wie würde es den Freisinnigen tun oder den Konservativen, wenn sie eine Demonstration streng im gesetzlichen Rahmen veranstalten und die Polizei wollte ihnen begegnen, wie sie uns begegnet ist? Müssen wir uns gefallen lassen, wie eine Bande von Dieben und Räubern behandelt zu werden?

Die untern Beamten machen wir für das, was geschehen ist, nicht verantwortlich. Sie haben nur ihrer Instruktion genügt Wir machen den Mann verantwortlich, in dessen Händen hier die Exekutive liegt, Herrn Wendemann. Und ich kann dem Magistrat nur dringend raten, diesen Herrn in Zukunft nicht mehr zu decken wie bisher. Er ist nicht mehr zu halten. Zu viel ist in den letzten Jahren geschehen. Wer von uns ist nicht schon von Auswärtigen mit bedeutsamem Lächeln gefragt worden: „Na, was macht jetzt Eure Polizei?" Dazu dürfen wir als Stadtverordnete nicht länger schweigen. Und wenn, wie vor acht Tagen, die Maßnahmen der Polizei direkt die Sicherheit gefährden, dann müssen wir eingreifen. Ist nicht erst in den letzten Tagen die Affaire Stenang vorgekommen? Und hat nicht noch vor kurzem Herr Wendemann gerade Herrn Pol.-Kommissar Stenang als einen der besten Beamten gelobt? Und jetzt ist Herr Stenang plötzlich wegen einer von ihm nicht verschuldeten Differenz mit Herrn Wendemann auf vier Wochen „beurlaubt" worden. Wir müssen endlich Ordnung schaffen.

Auf eine Besprechung der Interpellation verzichten wir. Wir wissen schon im voraus, was Bürgermeister v. Holly antworten wird. Das Urteil der Bürgerschaft, auch die uns politisch fernstehenden Kreise, geht dahin, daß die Polizei am vorigen Sonnschwer bloßgestellt worden ist. Das soll unsere Partei wenig bekümmern; wir verlangen aber, daß in Zukunft nicht mehr Unterbindungen des Verkehrs und Gefährdungen der Sicherheit vorkommen, wie es am 21. Januar der Fall gewesen ist.

Bürgermstr. v. Holly: Gewisse Vorgänge in der sozialdemokratischen Partei und manche Reden auf dem Parteitage in Jena ließen Vorsichtsmaßregeln angezeigt erscheinen. Die halbstündige Rede des Herrn Thiele ist wohl mehr zum Fenster hinausgehalten worden, um wieder eine kleine Propaganda für seine Partei zu machen. Der Magistrat als solcher war über die Polizeimaßnahmen vorher nicht unterrichtet. Wären sie ihm vorgelegt worden, so hätte er wahrscheinlich die Beratung abgelehnt, weil nicht zu seiner Kompetenz gehörig. (?) Hätte jedoch die Polizei etwas begangen, was die Sicherheit und Ordnung störte, so würde der Magistrat nach Recht und Pflicht Abhilfe schaffen. (Wie reimt sich das mit dem vorausgehenden Satze zusammen?) Der Magistrat ist aber zur Ueberzeugung gelangt, daß keine Gefährdung der Ruhe und Sicherheit vorliegt. Sämtliche Maßnahmen haben nur den Zweck gehabt, Leute von strafbaren Handlungen abzuhalten. Das hat die Polizei mit außerordentlicher Ruhe und Freundlichkeit getan, wie mir von verschiedenen Seiten bestätigt worden ist. (Heiterkeit.) Der Magistrat hat deshalb keinen Anlaß, irgend etwas zu tun.

Stadtv. Grote wollte auf gewisse Vorgänge eingehen bezw. Fragen stellen. Da jedoch keine Besprechung beantragt wurde, konnte ihm der Vorsteher das Wort nicht erteilen (Zuruf: Es findet sich schon wieder Gelegenheit dazu.)

Schluß der öffentlichen Sitzung ½8 Uhr.

Gewerkschaftliches.

Hafenarbeiter. Der Streik der Kohlenschauerleute in Hamburg dauert fort. Die Arbeit ruht auf allen Dampfern. Die Arbeitgeber wollen in einer Versammlung erst Beschlüsse fassen.

Bergleute. Am Sonnabend stellten auf dem Brikettwerke in Hirschfelde bei Zittau die Bergleute die Arbeit ein, weil die Maßregelung zweier Bergleute nicht zurückgenommen wurde.

Ausstand der Textilarbeiter. Die Textilarbeiter in Landeshut (Schlesien) befinden sich in einer Lohnbewegung. Die dortige Großfirma Methner-Frahne bemüht sich, Arbeitskräfte von auswärts heranzuziehen. Besonders richtet sie ihr Augenmerk auf die Arbeiter in Russisch-Polen sowie auf die Weber in Böhmen und Mähren.

Italien. Straßenbahner-Streik. Seit vier Tagen befinden sich die Angestellten der Straßenbahn in Genua im Ausstand. Er dehnte sich jetzt auf das Personal der Elektrizitäts-Gesellschaften aus. Die verwandten Gewerke bereiten einen Generalstreik vor.

Schweiz. Der Streik der Genfer Typographen ist durch Vereinbarung zwischen den Parteien beendet. Die Arbeitszeit wird von 54 auf 53 Stunden pro Woche ohne Lohnherabsetzung verkürzt.

Versammlungsberichte.

Jahresbericht des Arbeiter-Bildungs-Vereins zu Halle a. S. Der Arbeiter-Bildungs-Verein zu Halle a. S. hielt im Jahre 1905 zwei General- und 13 Mitglieder-Versammlungen ab, veranstaltete zwei Ausflüge nach Wettin und Freyburg a. U., acht Theaterabende, drei Zitherkonzerte und fünf Vereins-Vergnügungen. Hierzu kommen noch zwei große Experimental-Vorträge des Herrn Siemens-Leipzig, über Hypnotismus und Suggestion, und zwei große Lichtbilder-Vorträge des Herrn Laube-Leipzig, über Entstehung und Entwicklung des Menschengeschlechts, und an den Küsten dreier Erdteile. An Themas in den Mitglieder-Versammlungen sind behandelt worden: Maxim Gorki, Dichterabend, Unser Verhältnis zu den Künsten, Richard Wagner und seine Kunst, Erkältungs-Krankheiten, Humoristische Dichtungen aus dem 18. und 19. Jahrhundert, Fritz Reuter, Rezitation hoch- und plattdeutscher Dichtungen, Die Cholera, Sozialdemokratische Dichtungen und Klassisches Altertum. Der Verein zählt rund 200 Mitglieder und besteht aus: Männer-Chor, Gemischter Chor, Dramatische Abteilung, Turn-Abteilung und Zither-Abteilung. Außerdem tagt in diesem Winterhalbjahr ein Kursus für Gesundheitspflege und Samariterdienst. Eine Jugend-Abteilung, welche im Mai gegründet war, trennte sich im Oktober vom Hauptverein, um als selbständiger Verein weiter zu bestehen. Die Schüler-Turnabteilung ist von der Regierung zu Merseburg auf Grund einer Kabinets-Ordre aus den Jahren 1834 und 1836 verboten worden. Im Vereinslokal Konzerthaus, Karlstraße, ist seit dem Monat Mai das Lesezimmer neu eingerichtet worden, und liegen hier fast sämtliche gewerkschaftliche und viele politische Zeitungen jeden Abend von 8—11 Uhr öffentlich aus. Die sehr große Bibliothek, welche immer noch fortlaufend vergrößert wird, besteht aus politischen, wissenschaftlichen und unterhaltenden Schriften.

Die Mitglieder-Versammlungen finden regelmäßig Dienstags aller vierzehn Tage im Konzerthaus statt. Sämtliche Abteilungen tagen ebenfalls im Vereinslokal, nur die Turnstunden werden in der städtischen Schul-Turnhalle, Charlottenstraße, abgehalten.

Der Verein hat das Bestreben, durch Veranstaltung wissenschaftlicher und belehrender Vorträge sowie durch Unterrichtskurse das Wissen unter der Arbeiterschaft zu verbreiten, namentlich in den Fächern, in welchen es den Gewerkschaften durch ihre anderen schweren Aufgaben nicht möglich ist, für die Bildung ihrer Mitglieder genügend Sorge tragen zu können. Leider wird das Bestreben des Arbeiter-Bildungs-Vereins nicht in dem Maße gewürdigt, als es sich im Verhältnis der Größe der organisierten Arbeiterschaft von Halle gebührt.

Gewerkschaftskartell Sangerhausen. Die Sitzung am 23. Januar beschäftigte sich mit dem Jahresbericht. Es ist ein guter Fortschritt der Bewegung zu verzeichnen. An das Kartell sind neun Gewerkschaften mit 550 Mitgliedern angeschlossen. Der Kassenbericht zeigt eine Einnahme von 727.92 Mk., eine Ausgabe von 569.90 Mk., bleibt Kassenbestand 158.02 Mark. Die Vorstandswahl ergab Becker (1. Vorsitzender), Schönemann (2. Vorsitzender), Löffler (Kassierer), Schröder (Schriftführer). Großbitsch und Hecker werden Revisoren. Als Beschwerdekommission fungieren die Kollegen Löffler, Schönemann, Bloßfeld. Die Auskunftstelle über gewerbliche Streitfragen übernimmt Alsdorf. Unter Verschiedenem wurde beschlossen, die Gründung einer Zahlstelle der Zimmerer anzuregen. — Gesehlt haben in dieser Sitzung die Schuhmacher. (Eing. 27. 1.)

Handels- und Transportarbeiter, Sangerhausen. In der Versammlung am 21. Januar erstattete der Kassierer den Kassenbericht des vierten Quartals. Sodann wurde der Jahresbericht gegeben. Mitgliederversammlungen fanden zwölf, öffentliche zwei statt; Sitzungen ebenfalls zwei. Mitglieder sind 87 vorhanden. Der Kassenbericht ergab eine Einnahme von 841.15 Mk., eine Ausgabe von 757.22 Mk., mithin Bestand 83.93 Mark. Zum 1. Vorsitzenden wird Koll. Hickmann, zum 2. Vorsitzenden Schröder gewählt. Als Kassierer wird Ehrig, Schriftführer Bloßfeld, Revisoren Kirchner und Benkenstein gewählt. Unter Verschiedenem wird das Verhalten eines Kollegen, welcher Streikbrecherdienste geleistet hat, aufs schärfste verurteilt. Des ferneren weist der Vorsitzende auf die nächste Versammlung hin, welche sich mit dem Streik der Malzfabrik beschäftigen wird. H.

Vermischtes.

• **Lumpenpack in guten Anzügen** hat am vergangenen Donnerstag in Dittersdorf in eigenartig frecher Weise Unfug verübt. Der Chemn. Volksstimme wird darüber mitgeteilt: „Wie es gemacht wird! Ich hatte am Donnerstag abend Gelegenheit, zu beobachten, wie man unsere führenden Parteigenossen zu mißkreditieren sucht. Ich saß mit mehreren Herren in einem Restaurant in Dittersdorf, als zirka zehn Herren aus Chemnitz, soweit sie von mir erkannt wurden, alles Geschäftsleute, ins Lokal traten und sich als die Genossen Roske, Riemann, Langer, Hausschild usw. vorstellten. Vom Wirt verlangten sie, er solle den Sozialistenmarsch auf dem Polyphon spielen lassen. Dann gebärdeten sie sich nun in echt Berliner Achtgroschenjungen-Manier. Es wurde getrankt, am nächsten Sonntag gäbe es Revolution. Die Messer, Dolche, Revolver wären schon zurechtgelegt usw. Die Herren trieben diese Frechheiten dann am Bahnhofe und auch im Bahnwagen weiter. Die vierte Wagenklasse betraten sie mit den Worten: „Guten Abend, Genossen! Jetzt wollen wir einmal den Sozialistenmarsch singen. Wir sind die Genossen Roske, Riemann usw." Dann fingen sie an, die erste Strophe zu geßlen. Dann skandalierten sie die Reisenden an: „Sonntag kommt Ihr doch alle ins Volkshaus; da geht's los, bringt nur alle Messer mit!" In Einsiedel stiegen die „Herren" aus und werden wohl dieses saubere Spiel weiter getrieben haben. Der Zweck dieser Pöbelei war offenbar der, unseren Genossen eins anzuhängen und die indifferenten Arbeiter von uns abspenstig zu machen. Dieses Werk ist ihnen allerdings nicht gelungen. — Wären sie an eine größere Anzahl Sozialdemokraten geraten, die unsere führenden Genossen genau kennen, hätten sie sicher den Buckel voll wohlverdienter Prügel bekommen. Es wird versucht werden, die Namen der Lümmel festzustellen, damit ihnen die Lust zur Wiederholung solcher Lumpenstreiche vergeht."

Letzte Nachrichten.

Berlin, 30. Januar. Bei einem Gerüsteinsturz auf einem Neubau in Moabit wurden gestern drei Arbeiter schwer, zwei leichter verletzt. Die Eisen-Konstruktion des Baues hatte sich durch den Wind gelockert und so die Katastrophe herbeigeführt.

Straßburg, 30. Januar. Der frühere Polizei-Kommissar Stephani von hier, dessen beschlagnahmte Broschüre großes Aufsehen erregte, wurde wegen angeblicher Unterschlagung im Amt in Zürich verhaftet. Ueber die Auslieferung schweben diplomatische Verhandlungen.

Dresden, 30. Januar. Zum Tode des Obersten von Kospoth wird gemeldet: Nunmehr liegt auch der amtliche Leichenbestattungs-Schein vor. Auf dem Scheine gibt der Arzt Dr. Gruner als Ursache des Todes an: Bauchfellentzündung nach Blinddarmentzündung und Nierensteine.

Strahburg, 30. Januar. Wegen des drohenden Grubenarbeiter-Streiks im Industrie-Bezirk Hayingen wurde eine Schwadron Kavallerie von Diedenhofen herangezogen. Zahlreiche Italiener, die Propaganda für den Ausstand betrieben, wurden ausgewiesen und nach Basel abgeschoben.

New York, 30. Jan. Der Herald meldet, Präsident Castro lege eine große Tätigkeit an den Tag, indem er die Garnisonen inspiziere und bewaffneten Widerstand gegen das Vorgehen Frankreichs vorbereite. Die Truppen werden mobilisiert, die Reserven einberufen. Castro hat ein Gesuch an den deutschen Kaiser gerichtet, um dessen Intervention zum Schutze der deutschen Interessen herbeizuführen.

Genua, 30. Jan. Zur Unterstützung des Streiks der Angestellten der Straßenbahn und Elektrizitätsanlagen sind die übrigen Arbeiter dem Generalstreik beigetreten.

Lübeck, 30. Jan. Der eine größere Geldsumme bei sich führende Arbeiter Nissen aus Todendorf auf Fehmarn wurde unterwegs, wahrscheinlich von einem Feldarbeiter, ermordet und beraubt. Die Leiche des Ermordeten ist noch nicht gefunden.

Revolution in Rußland.

Tiflis, 30. Januar. Der Chef des Generalstabs, Grjasnoff, ist gestern durch eine Bombe getötet worden. Es gelang, der Mörder habhaft zu werden.

Moskau, 30. Januar. Etwa 300 Revolutionäre sind zur Verbannung nach Sibirien verurteilt worden.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle (Süd, Steinweg 2), 27. Januar.

Aufgeboten: Kaufmann Harbs und Hedwig Siebert (Treptow und Liebenauerstr. 13). Bizefeldwebel Siebert und Charlotte Schortmann (Magdeburg und Herrenstr. 13). Schlosser Schmidt und Anna Christall (Ludwigstraße 24). Restaurant Danz und Margarete Hüsing (Weißenfels).

Eheschließungen: Schlosser Kitschmann und Anna Giesit (Luckengasse 7 und Gr. Steinstr. 25). Fuhrherr Rothnick und Sidonie Döring (Bernhardstr. 14 und Martinstraße 22). Arbeiter Morasch und Franziska Zembski (Schmiedstraße 23). Agent Tänzer und Alwine Hübcke (Mansfelderstr. 1). Kaufmann Leisheit und Gertrud Schirrmeister (Fährstraße 5 und Meterizstraße 5). Prokurist Heucke und Olga Gutjahr (Große Steinstraße 65 und Wörmlitzerstr. 11). Bierfahrer Weingarte und Henriette Pfeifer (Büschdorferstr. 9).

Geboren: Kaufmann Blankenstein S. (Leipzigerstraße 96). Fleischer Dette S. (Hirtenstraße 2).

Gestorben: Rentenempfänger Wetzer, 74 J. (Klinik). Bergarbeiter Recke, 41 J. (Klinik). Kaufmanns Schmieder S., 1 J. (Elisabeth-Krankenhaus). Brauereidirektors Grabner S., 14 J. (Elisabeth-Krankenhaus).

Halle (Nord, Burgstraße 38), 26. Januar.

Aufgeboten: Kaufmann Hammelmann und Margarete Gaffert (Göbenstraße 24 und Schillerstraße 25).

Eheschließungen: Geschirrführer Weise und Marie Hübner (Brauhausstraße 2 und Trothaerstraße 25).

Geboren: Apotheker Kirchner T. (Karlstraße 32). Gelbgießer Bieling S. (Viktoriastraße 41). Buchhändler Loß T. (Große Gosenstraße 14). Buchbinder Metze T. (Adolfstraße 8). Maurer Uebe S. (Trothaerstraße 37). Abbruchs-Unternehmer Richter S. (Triftstraße 7). Maler Wurziger S. (Große Brunnenstraße 27). Bahnarbeiter Schuelle S. (Gr. Brunnenstraße 27).

Gestorben: Ingenieur Hüttinger, 37 J. (Prinzenstraße 15).

Verantwortlicher Redakteur i. V.: E. Dünnig in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219060131-10/fragment/page=0008